ENERGIEARMUT:
EINE STUDIE ÜBER SITUATION, URSACHEN, BETROFFENE, AKTEURINNEN UND HANDLUNGSOPTIONEN

THOMAS BERGER

thomas.berger2@spectro.st

September 2011

Spectro gemeinnützige Gesellschaft für wissenschaftliche Forschung GmbH Teinfaltstraße 8/5, A – 1010 Wien; FN 335783z
www.spectro.st

INHALT

1. Abstract 3
2. Einleitung 4
3. Stand der Forschung 5
   3.1. Begriffsentstehung 5
   3.2. Energiearmut nach Brenda Boardman 6
   3.3. Alternative Definitionen von Energiearmut 9
   3.4. Definition von Energiearmut in Österreich/Steiermark 12
      3.4.1. Die Entwicklung des österreichischen Energiesystems und der modernen Wohnformen 14
   3.5. Statistische Daten und Berichte 16
   3.6. Das Forschungsfeld „Energiearmut“ 23
      3.6.1. Energiearmut im globalen Kontext 23
      3.6.2. Energiearmut in Europa 24
      3.6.3. Energiearmut in Österreich 27
4. Empirischer Teil 32
   4.1. Methodologie 32
   4.2. Analyse der ExpertInnen-Interviews 32
      4.2.1. Energiearmut als Begriff und Problemfeld 32
      4.2.2. Betroffene Haushalte und Personengruppen 34
      4.2.3. Handlungsfähigkeit und (Energie-)Schulden 40
      4.2.4. Die Rolle der Energieunternehmen 42
      4.2.5. Zukunftsperspektiven 45
5. Conclusio 47
6. Quellenverzeichnis 50

1. ABSTRACT

Dieser Forschungsbericht umfasst eine qualitative und explorative soziologische Studie zum Thema „Energiearmut“ in der Steiermark. Energiearmut wird als überdurchschnittlich hohe Belastung des Haushaltsbudgets durch Kosten für Energiedienstleistungen (Strom, Wärme und Warmwasser) im Vergleich zum Energieverbrauch eines durchschnittlichen privaten Haushaltes definiert. In der Regel sind einkommensschwache Haushalte von Energiearmut betroffen. Auf Basis einer Bestandsaufnahme der bis dato erfolgten Forschungsarbeiten in Europa und Österreich folgt eine qualitative Analyse von Interviews mit steirischen ExpertInnen. Die vorliegende Studie zeigt, dass Energiearmut als soziale Problematik für die Arbeitskontexte von öffentlichen Stellen, Nicht-Regierungsorganisationen, Energieunternehmen und Energieberatungen relevant ist. Energiearmut wird allgemein jedoch nicht als eigenes Problemfeld wahrgenommen und findet sich somit nicht explizit in den Wahrnehmungskontexten der interviewten ExpertInnen. Die qualitativen Ergebnisse der ExpertInnen-Interviews in der Steiermark werden abschließend mit dem derzeitigen Forschungsdiskurs in Beziehung gebracht und diskutiert.

2. EINLEITUNG

Energiearmut ist im österreichischen Kontext eine noch wenig erforschte Thematik. Die erste Studie mit Bezug auf Österreich wurde erst im Jahre 2009 veröffentlicht. Dass die Thematik zunehmend an Relevanz gewinnt, zeigt sich unter anderem in den gezielten aktuellen Ausschreibungen des Klima- und Energiefonds für Forschungsprojekte, der immerwährenden medialen Berichterstattung zu steigenden Energiepreisen für EndverbraucherInnen und den zahlreichen Programmen und Maßnahmen der vergangenen Jahre zur Steigerung der Energieeffizienz in einkommensschwachen Haushalten. Im Sinne der steigenden Relevanz von Energiearmut liegt nun mit diesem Bericht eine erste Studie über die Problematik in der Steiermark vor. Diese soziologische Forschungsarbeit hat einen qualitativen und explorativen Charakter, da auf keine vorherigen Forschungsarbeiten im steirischen Kontext zurückgegriffen werden konnte.

Die zentrale Forschungsfrage dieser Arbeit ist die Analyse der derzeitigen Situation der Energiearmut in der Steiermark. Aufgrund der schon angedeuteten Unbekanntheit des Themas in Österreich und der spärlichen bzw. unspezifischen Datenlage können in vielen Bereichen, die diese Studie betreffen, nur Annäherungen vorgenommen werden. So gibt es keine offizielle quantitative Definition von Energiearmut in Österreich und in weiterer Folge auch keine repräsentativen Datenerhebungen auf Bundes- oder Länderebene.

Der erste Teil des Berichts gibt, beginnend mit einer sozial-historischen Erläuterung über die Entstehung des Begriffs „Energiearmut“ im Vereinigten Königreich, einen Überblick über den aktuellen Stand der Forschung in Europa und Österreich und stellt diese auch in einen globalen Kontext. Bei der Analyse der unterschiedlichen Definitionen zu Energiearmut wird deutlich, dass die Betrachtung von Energiearmut stark vom Kontext bzw. der Eingrenzung des Blickfeldes abhängt. Die generelle sozialpolitische Verfassung eines Staates hat unmittelbaren Einfluss auf die tatsächlichen Ausprägungen von Energiearmut. Dies wird auch durch die Betrachtung diverser sozial-statistischer Studien unterstrichen.

Der empirische Teil analysiert die Interviews mit ExpertInnen zur Situation der Energiearmut in der Steiermark und stellt den Kern dieser qualitativen Forschungsarbeit dar. Aus der Analyse ergaben sich fünf inhaltliche Schwerpunkte, anhand derer die Aussagen der ExpertInnen geschildert und diskutiert werden.

Der Bericht schließt mit einer Conclusio, die die empirischen Ergebnisse mit den zuvor aufgearbeiteten theoretischen und statistischen Aussagen in Verbindung bringt. Abschließend wird auf mögliche Handlungsfelder für EntscheidungsträgerInnen zur zukünftigen Minderung der Energiearmut hingewiesen. Ebenso ergeben sich aus Sicht des Autors weitere notwendige Forschungsfragen für zukünftige Studien zu Energiearmut in der Steiermark und in Österreich.

3. STAND DER FORSCHUNG

3.1. BEGRIFFSENTSTEHUNG

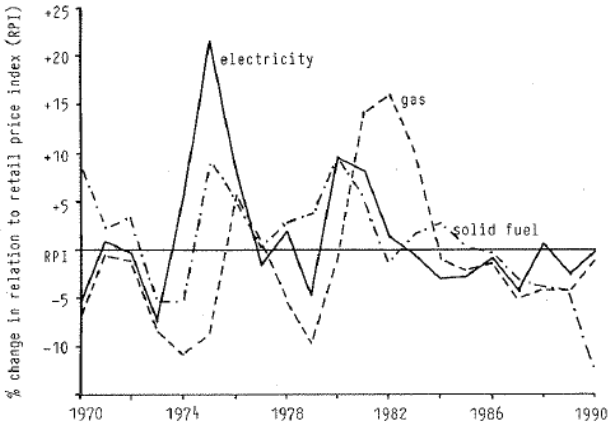
Dieser Abschnitt skizziert die Entstehung des Begriffs „Energiearmut“ bzw. die Konstruktion dieser sozialpolitischen Problemlage. Der Diskurs entstand in Großbritannien und ist mit den Forschungsarbeiten einer Wissenschaftlerin, wie in weiterer Folge beschrieben wird, eng verknüpft. Für eine Diskussion von Energiearmut ist eine Schilderung der Entstehung der britischen Energiearmutsforschung und der generellen Entwicklung von Energiearmut in Großbritannien unumgänglich. Es sei aber angemerkt, dass das britische Verständnis bzw. die britische Definition von Energiearmut in dieser Studie nicht blind übernommen, sondern einer kritischen Betrachtung unterzogen wird. Dies wird sich in der Diskussion zur Lage der Energiearmut in Österreich auch zeigen, denn die britische Definition von Energiearmut lässt sich nicht vorbehaltlos auf die österreichischen Verhältnisse übertragen.

Die Wurzeln der Energiearmut[1] finden sich in den sozialpolitischen Entwicklungen der vergangenen 50 Jahre in Großbritannien. Brenda Boardman legte mit der Veröffentlichung ihrer Dissertation aus dem Jahre 1991 die wichtigste Basis für alle folgenden wissenschaftlichen Auseinandersetzungen in diesem Bereich. Nach Boardman sind die strukturellen Voraussetzungen der Energiearmut in England in den historischen Rahmenbedingungen des britischen Gebäudebaus zu finden. Faktoren wie „Wärme“- oder „Energieeffizienz“ im Haushalt bzw. Wohnbereich spielten in den architektonischen Planungen bis in die 1960er-Jahre keine Rolle. Haus- und Wohneigenschaften, wie die Vermeidung von Feuchtigkeit, Brandschutz oder der Standard sanitärer Einrichtungen, wurden in den Bauplanungen priorisiert. Und so war, im Sinne Boardmans, das Aufkommen der Energiearmutsproblematik in den strukturellen Ausrichtungen der Bauordnungen vorprogrammiert. Dieses baupolitische Manko hielt sich bis in die Phase des Wohnbaubooms nach dem Zweiten Weltkrieg. Der erste offizielle und verbindliche Standard hinsichtlich der thermischen Beschaffenheit von Gebäuden wurde in Großbritannien erst 1969 eingeführt. Eine weitere relevante energiepolitische (und für die Energiearmut negative) Entwicklung war die damalige Wahrnehmung der Kernenergie als Lieferantin billiger elektrischer Energie, was dazu führte, dass es zu dieser Zeit zu einer Steigerung von elektrischem Strom als Heizenergie kam (Boardman 1991, 11–16).

Die Ölkrisen der 1970er führten auf Basis der zuvor dargestellten ungünstigen strukturellen Weichenstellungen zu vermehrten Zahlungsschwierigkeiten bei privaten EndkundInnen und

[1] Im englischsprachigen Raum finden sich mit „*fuel poverty*“ und „*energy poverty*“ zwei Bezeichnungen, die im Deutschen unter dem Begriff „Energiearmut“ diskutiert werden. *Fuel poverty* wird vor allem im britischen Raum zur Bezeichnung des hier besprochenen Problems verwendet und hat seine begrifflichen Wurzeln in den Ölkrisen der 1970er-Jahre. In aktuellen (nicht nur auf den europäischen Raum beschränkten) Publikationen findet sich zunehmend der Terminus *energy poverty*, um die Energiearmutsthematik zu beschreiben, da dieser per se einen umfassenderen Charakter hat als die Bezeichnung *fuel poverty*, die stark auf die Konsumation fossiler Energieträger zur Wärmebereitstellung bezogen ist.

den damit verbundenen Konsequenzen. Die Preise für Gas und Strom stiegen in Großbritannien Mitte der 1970er (siehe Grafik 1) rapide an. Vor allem sozial schwache Haushalte mit geringer Kaufkraft bekamen die negativen Folgen dieser Entwicklung durch nicht mehr erschwingliche Energiepreise zu spüren. Gesundheitspolitisch machte sich dieser daraus resultierende Mangel an Wärme im Wohnbereich durch langfristige Phasen der Unterkühlung (v. a. bei älteren Menschen) und den daraus entstehenden medizinischen Folgen bemerkbar. Die britischen Energieversorger änderten zu dieser Zeit zudem ihre Abrechnungsmodalitäten bei privaten EndkundInnen. So wurde das Prepayment-System, das, so Boardman, den VerbraucherInnen erlaubte z. B. Gas per Münzeinwurf immer dann zu bezahlen, wenn es gerade gebraucht wurde, auf einen quartalsmäßigen kumulativen Abrechnungsmodus umgestellt. Dies erscheint auf den ersten Blick als Formalität, für armutsgefährdete Haushalte stieg dadurch jedoch die Gefahr einer ungewollten Verschuldung und in weiterer Folge kam es auch zu einem Anstieg der Abschaltungen seitens der britischen Energieversorgungsunternehmen (ebd.: 18–21).



Grafik 1: Schwankungen der Energiepreise in GB 1970–1990 (Boardman 1991, 19)

Diese sozial- und energiepolitischen Entwicklungen trugen in Verbindung mit dem strengen Winter von 1975 auf das Folgejahr, laut Boardman, dazu bei, dass Energiearmut als eigenständiges soziales Problem zum ersten Mal auf einer breiten öffentlichen und medialen Ebene diskutiert wurde. Der Begriff „Energiearmut" hielt somit in den offiziellen Diskurs Einzug. Im Zuge dessen wurde auch eine Reihe von staatlichen Berichten zur Problematik erstellt. Die Autorin sieht in der Zeitspanne von 1976 bis 1990 jedoch kein systematisches oder strukturelles Vorgehen der britischen Regierung gegen das Problem der Energiearmut und somit führte die Kombination aus steigenden Energiepreisen, niedrigen Einkommen und suboptimalen Wohnbedingungen zu einem Fortschreiten und der Zunahme des Energiearmutsproblems (ebd., 32–33).

3.2. Energiearmut nach Brenda Boardman

Boardman bemüht sich in ihrer Dissertation um eine quantitative Definition der Energiearmut für den britischen Raum, die bis zu diesem Zeitpunkt nicht vorlag. Auch heute, im Jahr 2011, liegt in den 27 Staaten der Europäischen Union nur in zwei Mitgliedsnationen (Großbritannien und Irland) eine offizielle Definition von Energiearmut vor (Morgan 2008). Eine erste definitorische Frage der Abgrenzung ist die Unterscheidung von genereller Armut und

Energiearmut. Ist der Mangel an Energie nur eine Facette der allgemeinen Armutslage oder hat Energiearmut eine Charakteristik, die eine eigene Diskussion und Definition als soziales Problemfeld rechtfertigt? Boardman kommt am Ende ihrer Dissertation zu folgendem Schluss:

> Fuel poverty is different from poverty. General poverty can be reduced through additional income support, but the most effective way to lessen fuel poverty is through capital investment. It is the crucial role of capital stocks – the house, heating system and other energy using equipment – in causing fuel poverty that determines the need for policies that are specific to the problem. A home is energy inefficient, because of a lack of investment and improvement. The occupants, therefore, have to buy expensive warmth and other energy services – they have to pay more to keep warm than people in homes where there has been a higher level on investment in energy efficiency measures (Boardman 1991, 221).

Boardman definiert Energiearmut (*fuel poverty*) nach einer gezielten quantitativen Untersuchung der betroffenen sozialen Gruppen anhand finanzieller sozialpolitischer Leistungen. Grafik Nr. 2 zeigt die Überschneidungsflächen dieser verschiedenen Gruppen: Ellipse 1 stellt die Haushalte dar, die Heizkostenzuschüsse beziehen; Ellipse 3 steht für jene Haushalte, die drei Viertel ihres Budgets aus öffentlichen Zuschüssen erhalten. Ellipse 2 repräsentiert die Summe der energiearmen Haushalte (grau unterlegt). Diese ergibt sich zum Großteil aus Haushalten, die entweder Heizkostenzuschüsse erhalten oder zu drei Vierteln von Sozialleistungen abhängig sind. Für diese Gruppe an Haushalten ist aus definitorischer Sicht kennzeichnend, dass sie mehr als 10 % ihres Budgets für Raumwärme und Energiedienstleistungen aufwenden müssen. Für Boardman inkludiert der Begriff Energiearmut demnach alle Formen des Energieverbrauches (Strom, Wärme, Warmwasser) im Haushalt (Boardman 1991, 227); alle öffentlichen britischen Berichte und Initiativen beziehen sich jedoch nur auf eine Definition von Energiearmut, die von einer 10 %-Grenze ausgeht, die sich auf das Erreichen eines angemessenen Temperaturniveaus im Haushalt bezieht.

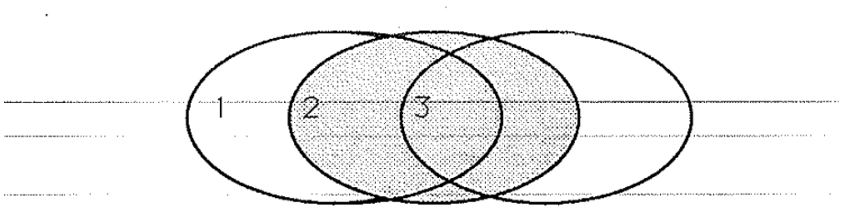


Figure 10.2 Venn diagram to illustrate the relationship between fuel poverty and two definitions of poverty

Notes:
1 — HB recipients 5.5m+ (see Chapter 3)
2 — Fuel poverty suffers 6.6m
3 — Household receiving at least 75% of its income from the state 6.7m

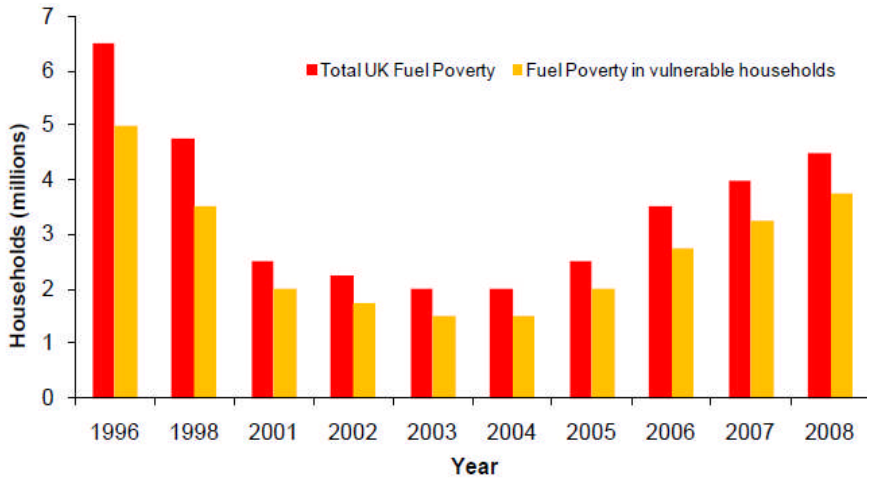
Grafik 2: Verortung der Energiearmut (Boardman 1991, 207)

20 Jahre nach der Veröffentlichung ihres Energiearmut-Standardwerkes widmet sich Brenda Boardman nochmals den Herausforderungen der Energiearmut für das Vereinigte Königreich. Ihre Sicht auf die Entwicklung der Energiearmut in Großbritannien ist ernüchternd, denn 2010 befand sich rund ein Fünftel der britischen Haushalte in Energiearmut (die Autorin bezieht sich hierbei auf die offiziellen Daten des Britischen Energieministeriums, das sich wohlgemerkt nur auf die Heizenergie hinsichtlich der 10 %-Definition bezieht). Die Abgrenzung von Energiearmut

aus definitorischer Sicht gegenüber allgemeiner Armut sieht Boardman nach wie vor in den strukturellen Bedingungen der betroffenen Haushalte:

> [...] capital expenditure is what differentiates fuel poverty from poverty. Raising incomes can lift a household out of poverty, but rarely out of fuel poverty (Boardman 2010, xv).

In den 1990er-Jahren konnte, so Boardman, ein Rückgang der Energiearmut beobachtet werden. Dieser Rückgang bzw. die Verbesserung der sozialen Lage war auf eine Kombination niedriger fossiler Rohstoffpreise und auf eine Phase des wirtschaftlichen Aufschwungs zurückzuführen. Die strukturellen Wurzeln der Energiearmut wurden trotz teilweise ambitionierter Ziele durch die öffentliche Verwaltung nicht beseitigt, und so kam es nach den Boomjahren wieder zu einem Anstieg der Energiearmut in Großbritannien. 2001 wurde die *UK Fuel Poverty Strategy* verabschiedet. Diese nahm sich zum Ziel, die Energiearmut in armutsgefährdeten Haushalten bis zum Jahr 2010 völlig zu beseitigen (ebd., 6). 2008 waren 4,5 Mio. britische Haushalte energiearm und der Anteil an armutsgefährdeten Haushalten betrug dabei 3,75 Mio. Grafik Nr. 3 zeigt den Anstieg der energiearmen privaten Haushalte und extra ausgewiesen die armutsgefährdeten Haushalte. Um die Jahrtausendwende ist wieder ein Anstieg energiearmer Haushalte zu beobachten, der sich tendenziell dem Niveau von 1996 annähert (DECC 2010, 6).



Grafik 3: Entwicklung der Energiearmut in Großbritannien in absoluten Zahlen (DECC 2010, 4)

Die Frage, ob ein Haushalt als energiearm zu definieren ist, ist, so die Autorin, schlussendlich eine politische Entscheidung und bedingt eine definitorische Festlegung, welche Bevölkerungsgruppen bzw. Einkommensschichten inkludiert werden sollen und welche nicht. Entscheidend ist für Boardman, auf welcher finanziellen Basis die Berechnungen durchgeführt werden; bezieht man sich auf das Haushaltsbudget oder auf das gesamte Haushaltseinkommen und dies inklusive oder exklusive der Kosten für das Wohnen an sich? Je nach Rahmensetzung verändert sich die Auswirkung der 10 %-Definition im Sinne der Quantität der Betroffenen. Ebenso ist die Einbindung der Haushaltsgröße (die eigentliche Nutzfläche in Quadratmetern) für die Energieeffizienz im Haushalt entscheidend. SeniorInnen sehen sich beispielsweise zunehmend mit dem Problem konfrontiert, alleine oder mit dem/der EhepartnerIn nach dem Erwachsenwerden der Kinder in für ihren eigenen Bedarf zu großen Häusern zu wohnen und sie beheizen im Winter ungenutzte Wohnflächen. Nach Boardman müsste streng genommen die Energieeffizienz eines Haushaltes steigen, je niedriger die zur Verfügung stehenden Mittel sind – die Realität ist jedoch gegenläufig (Boardman 2010, 21–23, 30–36).

Die folgende Tabelle Nr. 1 zeigt jene sozialen Gruppen, die in England besonders durch Energiearmut gefährdet sind. Am stärksten wirkt sich der Einkommensfaktor aus. Von den untersten 30 % der britischen Einkommensverteilung sind nach Boardmans Definition 90 % als energiearm einzustufen. Weitere Energiearmut generierende Faktoren sind die Zugehörigkeit zur Altersgruppe „60+“, eine Erkrankung oder eine Behinderung. Einpersonenhaushalte und ländliche Haushalte mit niedrigem Einkommen sind, nach Boardmans Darstellungen, überdurchschnittlich stark durch Energiearmut gefährdet. Besonders schwierig wird die Lage für Haushalte, auf die mehrere energiearmutsrelevante Faktoren zutreffen. Aus britischer Sicht ergibt sich für Boardman das Problem, dass eine zu weite (stark inklusive) Definition von Energiearmut ungenau ist und sich auf eine zu große Bevölkerungsgruppe bezieht. Eine strenge Definition würde die Treffsicherheit von Maßnahmen erhöhen, aber die Zahl der Härtefälle stark anheben. Ebenso sind zukünftige soziale und demografische Probleme mit der Problematik der Energiearmut verbunden und zeigen die Komplexität dieses sozialen Problems auf. Die Auswirkungen einer tendenziell alternden Gesellschaft und der Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse sind heute nur schwer abzuschätzen, werden aber voraussichtlich in verstärkender Weise auf die Problematik einwirken, sofern sich die strukturellen Rahmenbedingungen nicht signifikant ändern (ebd., 40–43).

	Characteristic	*Percentage of fuel poor (full income)*	*Percentage of fuel poor (basic income)*	*National average (%)*	*Sources from BERR (2008a)*
1	Household with lowest 30% of incomes	90	91	30	Tables 34, 70
2	Vulnerable (fuel poverty definition)	80	82	72	Tables 23, 59
3	Household on means-tested benefit, disability living allowance or tax credit	58	71	31	Tables 26, 62
4	One adult (i.e. one source of income)	54	54	26	Tables 18, 54
5	Household contains at least one person over 60	50	45	31	Tables 15, 51
6	Long-term disability or illness	38	41	29	Tables 21, 57
7	Living in rented accommodation	32	49	29	Tables 13, 49
8	At least one person aged 75 or over	24	22	13	Tables 17, 53
9	Child under 16	16	21	30	Tables 16, 52
10	Needing to spend more than 20% of income on fuel	15	16	2	Tables 7, 8

Note: Several categories overlap, for instance many of the vulnerable are in households with the lowest 30 per cent of incomes.
Source: BERR (2008a)

Tabelle 1: Charakteristik der Energiearmen in England (Boardman 2010, 38)

Auf Basis von Boardmans Arbeiten und der Institutionalisierung der Bekämpfung der Energiearmut in Großbritannien ergab sich in weiterer Folge eine Vielzahl an politischen und zivilgesellschaftlichen Stellungnahmen und öffentlichen Programmen zu deren Beseitigung. Weitere definitorische Annäherungen und Konzepte, die von der durch Boardman geprägten 10 %-Definition abweichen, werden im folgenden Teil dargestellt.

3.3. Alternative Definitionen von Energiearmut

Die Entwicklung der Energiearmut als sozialwissenschaftliches Konzept ist eng mit den historischen Entwicklungen und den Forschungsarbeiten Brenda Boardmans verbunden. Aus diesem Grund orientierte sich die Darlegung im vorherigen Unterkapitel stark an den wissenschaftlichen Arbeiten Boardmans. Es sind in der aktuellen Diskussion und Forschung jedoch auch noch andere Konzepte und Definitionen zu finden.

Stevan Buzar beschäftigt sich mit dem Problem der Energiearmut in Osteuropa. Im Laufe seiner Forschungsarbeit stellte sich heraus, dass Energiearmut komplexere Ursachen hat als nur den Anstieg von Energiepreisen und die damit einhergehenden Zahlungsschwierigkeiten von finanziell benachteiligten Gruppen. Nach Buzar handelt es sich um ein Geflecht aus Ökonomie, Sozialem und den vorhandenen (baulichen) Infrastrukturen. Zudem ist Energiearmut noch unzureichend in den Agenden der politischen EntscheidungsträgerInnen vorhanden. Ein weiteres erschwerendes Faktum (mit dem sich auch diese Studie arrangieren muss) ist die unzureichende Datenlage zu Energiearmut bzw. das Fehlen von einheitlichen Definitionen oder methodischen Verfahren zur Datenerhebung. Auf Basis dieser Voraussetzungen definiert Buzar Energiearmut weit gehalten als „*the inability to heat the home up to a socially- and materially-necessitated level*" (Buzar 2007, 9).

Jonathan Healy führte die erste und bis dato einzige europäische Vergleichsstudie zu Energiearmut durch. Er bezieht sich in seinen quantitativen Berechnungen auf die ECHP-Erhebungen (European Community Household Penal) in 15 EU-Mitgliedsstaaten im Zeitraum von 1994 bis 1997 (die Vorläuferstudien der *European Quality of Life Surveys* (EQLS) und der jährlich durchgeführten *Statistics on Income and Living Conditions* (EU-SILC). Wobei zu beachten ist, dass Österreich erst im Jahre 1995 der Europäischen Gemeinschaft beigetreten ist; für Finnland (Beitritt 1996) und Schweden (1997) gilt es, dasselbe zu bedenken.

Die Bemessung von Energiearmut kann laut Healy nach drei verschiedenen Herangehensweisen unterschieden werden. Der älteste Ansatz ist die Bestimmung der Energiearmut über das Temperaturniveau des Wohnbereiches. Wenn es einem Haushalt nicht gelingt, einen gewissen Wärmestandard (v. a. in der jahreszeitlich bedingten Heizperiode) zu halten, wird er als energiearm eingestuft. Die Weltgesundheitsorganisation (WHO) empfiehlt je nach Art der Raumnutzung ein durchschnittliches Temperaturniveau von 18–22°C (WHO 2007, 12). Diese erste Methode ist nach Healy nur in ihrer theoretischen Konzeption simpel, denn die Vergleichbarkeit und die standardisierte Durchführung von Messungen der Temperatur in unterschiedlichen Haushalten ist ein kompliziertes Unterfangen, das auch durch die Aufenthaltsdauer in den unterschiedlichen Wohnbereichen stark beeinflusst wird (Healy 2004, 35).

Eine weitere (zweite) Möglichkeit ist die Orientierung an den Haushaltsausgaben, wie sie von Boardman vorgenommen wird. Eine Festlegung im Sinne der schon geschilderten 10 %-Grenze der Haushaltsausgaben sieht Healy als methodisch unzureichend:

> [...] such an approach has a number of flaws, especially regarding the non-existing scientific rational behind setting the budget line at 10 % of net income; There has been no attempt to justify this threshold as appropriate and robust and there is little published theoretical debate on such matters. The approach is also rendered ineffective in cross-country analysis of fuel poverty where different levels of purchasing power and different real and nominal fuel prices would reduce the comparability of such a measurement (Healy 2004, 35).

Der dritte und von Healy bevorzugte Ansatz ist eine Indikatorenbildung, in der er auf Basis der ECHP-Erhebungen Energiearmuts-Indikatoren entwickelt und diese dann statistisch auswertet. Diese Herangehensweise hat den Vorteil, dass sie sich im Prinzip an Veränderungen der Energiearmutssituation anpassen lässt und diese in weiterer Folge auch aufzeigen kann, wenn sich Bedürfnislagen oder soziale Werthaltungen verändern (vorausgesetzt natürlich, dass jene Erhebungen regelmäßig durchgeführt werden und mit denselben Indikatoren gearbeitet wird). Gewisse Bedürfnisse (z. B. eine trockene Wohnung) oder relevante Haushaltsinfrastruktur (z. B.

„Vorhandensein einer Zentralheizung“ oder „gut abgedichtete Fensterrahmen“) werden von den Haushaltsmitgliedern bewertet und quantifiziert. Auf Basis des ihm zur Verfügung stehenden statistischen Materials bildet Healy sechs Energiearmuts-Indikatoren, die er in sechs unterschiedlich gewichteten Szenarien zum europäischen Vergleich der Energiearmutssituation heranzieht (ebd., 46) (für eine genaue Schilderung von Healys Ergebnissen für Österreich siehe 3.6.3).

Der einzige qualitative Versuch Energiearmut und deren soziale Auswirkungen im Österreich-Kontext zu beschreiben, findet sich im Rahmen des Forschungsprojektes NELA (eine qualitative Untersuchung über den Energielebensstil in 50 armutsgefährdeten privaten Haushalten in Wien). Monika Schneider leitet aus drei ExpertInnen-Workshops des NELA-Projektes vier inhaltlich basierte Ausprägungen von Energiearmut ab. Zudem ist erwähnenswert, dass der Mangel an einer offiziellen österreichischen Definition für Energiearmut von den teilnehmenden ExpertInnen einstimmig kritisiert wird (Schneider 2010, 51–65):

Energiearmut als mangelnde Finanzierbarkeit der Energiekosten (1)

Hierbei handelt es sich um das Problem der steigenden Energiekosten bei gleichbleibend, niedrigem Haushaltseinkommen. Je niedriger das Einkommen, desto höher fällt der Anteil der Energiekosten im Verhältnis aus. V. a. Haushalte mit Kindern sind durch erhöhten Energiebedarf gefährdet (insbesondere Einelternhaushalte). Verstärkt wird diese Problematik durch die vergleichsweise lange, tägliche Aufenthaltsdauer im Wohnbereich in armen Haushalten. Dies bedingt wiederum einen überdurchschnittlich hohen Energieverbrauch. Menschen mit einer zusätzlichen Einschränkung, z. B. durch Krankheiten oder andere physische oder psychische Einschränkungen, können aufgrund ihrer erschwerten Lebensumstände auch mit Zahlungsproblemen konfrontiert werden (ebd., 52–55).

Energiearmut als Teilaspekt deprivierter Lebensführung (2)

Energiekosten sind in dieser Facette der Energiearmut nur ein Faktor von vielen finanziellen Belastungen. Zahlungsschwierigkeiten lassen sich in vielen anderen Bereichen finden, denn die Lebenserhaltungskosten sind in ihrer Gesamtheit eine Belastung. Energiearmut trifft hier auf eine deprivierte Lebensführung. Die zeitliche Dauer der einkommensschwachen Phase ist ebenso ein wichtiger Bestandteil der EpertInneneinschätzung. Je länger die Zeit ohne oder mit wenig Einkommen andauert, desto schwieriger wird es, finanzielle Rücklagen zu bilden, und der Ressourcenmangel verschlechtert sich kontinuierlich. Jegliche Zahlungsaufforderung wird somit sofort zu einem schlagenden Problem (ebd., 56–57).

Energiearmut als Teilaspekt multikomplexer Lebenslagen (3)

Psychosoziale Probleme können die Problematik der Energiearmut in den Hintergrund der Wahrnehmung betroffener Personen drängen, da diese in ihrer Handlungsfähigkeit nicht mehr effiziente Strategien verfolgen können, um ihre finanziellen (Energie-)Probleme zu beheben. Es kann sich somit eine „Ressourcenverlustspirale“ für jene Personen bilden. Prekäre Lebenslagen verstärken diese negative Dynamik; Personen mit Depressionen gehen auf ihre Versorgungsproblematik nicht ein oder nehmen sie nicht mehr wahr. Periodische, zeitlich beschränkte Armutslagen werden immer häufiger und spiegeln neo-liberale Arbeitsmarktentwicklungen wider (ebd., 57).

Energiearmut als energieloses Leben (4)

Die Abschaltung der Energie durch das Energieunternehmen hat für die Betroffenen weitreichende Folgen. Ebenso erschweren Rückstände und offene Mahngebühren den

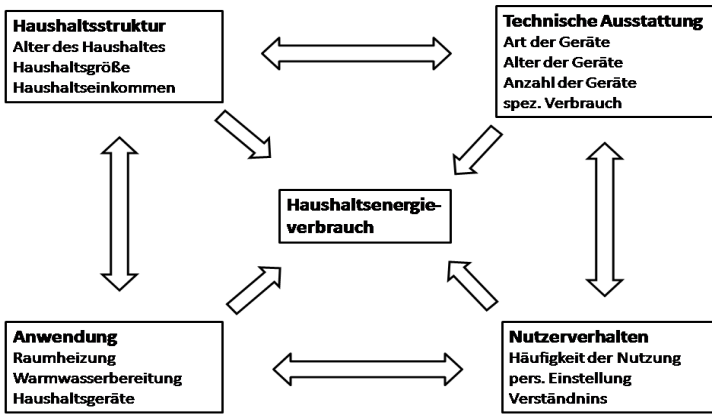
Wiedereinstieg in eine reguläre Energieversorgung bzw. -konsumation. Oft ist es eine Kombination aus Scham, Stress, Überforderung und Nicht-Wissen bei den Betroffenen, die eine Abschaltung zur Folge hat (ebd., 60–64).

Schneiders Annäherungen an das Problem der Energiearmut geben einen ersten interessanten Einblick in die österreichische Situation der Thematik. Auf die geschichtliche Darstellung der Entstehung der Energiearmut und der Diskussion diverser Definitionen folgt nun im Anschluss der Versuch, eine Definition für die vorliegende explorative und qualitative Studie zur Situation der Energiearmut in der Steiermark zu finden.

3.4. Definition von Energiearmut in Österreich/Steiermark

Beim Versuch, für Österreich bzw. die Steiermark eine passende Energiearmutsdefinition zu finden, ist man, wie schon mehrmalig angedeutet, mit diversen Schwierigkeiten konfrontiert. Quantitative Aussagen bzw. eindeutige statistische Erhebungen zur Situation der Energiearmut in Österreich sind nicht vorhanden und auch die generelle Anzahl an Berichten und Forschungsarbeiten ist sehr gering. Es kann daher nur eine Definition inhaltlicher und qualitativer Art abgeleitet werden. Diese Studie bezieht sich hinsichtlich einer Definition nur auf den Energieverbauch innerhalb eines privaten Haushaltes. Somit sind einige Personengruppen bzw. Energieverbrauchsarten ausgeschlossen. Menschen in institutionalisierten Lebens- oder Wohnverhältnissen (Krankenhäuser, Gefängnisse, Heime etc.), Obdachlose oder Menschen ohne festen Wohnsitz sind nicht im Fokus dieser Studie. Der private Haushalt als Ort des Verbrauchs ist zentral zur Bestimmung der Lebensverhältnisse und des Energiekonsums. Ebenso exkludiert ist der Energieverbrauch am Arbeitsplatz oder aufgrund des Freizeitverhaltens außerhalb der Wohnung (Mobilität, Konsum von Lebensmitteln oder die Herstellungsenergie anderer Konsumgüter).

Ein Haushalt wird, nach Kutsch et al., als „eine multifunktionale Einheit der Existenzsicherung und der Lebensführung“ definiert (1997, 193). Er zeichnet sich im Weiteren dadurch aus, dass er langfristig angelegt ist (1); die Haushaltsmitglieder (ausgenommen Einpersonenhaushalte) in einer solidarischen Beziehung zueinander stehen (2); einem Gegengewicht zum öffentlichen Leben entspricht (3); einen Ort der Erholung darstellt (4) und eine Einheit darstellt, in welcher diverse Rationalitäten und Wertorientierungen in einem Kompromissverhältnis stehen (5) (ebd., 193–194). Der Energiebedarf eines Haushaltes teilt sich in fünf Verbrauchsformen auf: Raumwärme, Warmwasseraufbereitung, Prozesswärme, mechanische Energie und Licht. Der Haushaltsenergieverbrauch lässt sich, wie in Grafik Nr. 4 dargestellt, in vier Gruppen fassen, die sich gegenseitig beeinflussen. Die Haushaltsstruktur (1) steht mit der technischen Ausstattung (2) und deren Anwendung (3) in Verbindung. Das individuelle Nutzverhalten (4) spielt v. a. für die effiziente Nutzung von Elektrogeräten und Beheizungssystemen eine Rolle. Diese vier interdependenten Bereiche definieren somit den gesamten Haushaltsenergieverbrauch, wobei nach Kutsch et al. hervorzuheben ist, dass die Haushaltsmitglieder durch ihr individuelles Verhalten den Energieverbrauch wesentlich bestimmen (Kutsch et al. 1997, 433–434)



Grafik 4: Haushaltsenergieverbrauch (mod. nach Kutsch et al. 1997, 433)

Energiearmut wird in dieser Studie als überdurchschnittlich hohe Belastung des Haushaltsbudgets durch Kosten für Energiedienstleistungen (Strom, Wärme und Warmwasser) im Vergleich zum durchschnittlichen Energieverbrauch eines privaten Haushaltes in Österreich definiert. Sie ist mit der allgemeinen Armutsthematik verknüpft, aber nicht durch diese bedingt, da ebenso Haushalte betroffen sein können, die nicht unter die statistische Armutsgrenze fallen, aber in finanziell prekären Verhältnissen leben. Energiearmut ist somit keine bloße Unterkategorie von Armut, sondern eine Problematik, die aus einer Kombination von Haushaltseinkommen, Energiekosten und dem energetischen Gesamtzustand der Behausung zustande kommt. So können sozialpolitische Maßnahmen betroffene Personen über die finanziell definierte Armutsgrenze heben (Einkommensarmut); die Situation der Energiearmut kann jedoch erhalten bleiben, da sich zum Beispiel die schlechte thermische Sanierung des Gebäudes oder der Wohnung nicht verändert. Es handelt sich hierbei um eine breite und inklusive Definition von Energiearmut. Dies entspricht dem explorativen und qualitativen Charakter dieser Studie, da das empirische Erhebungsgebiet (Graz/Steiermark) im Sinne der soziologischen Fragestellung noch völlig unerforscht ist. Ebenso ist, wie schon anhand der Darstellungen von Boardmans Forschung geschildert, eine Definition einer sozialpolitischen Fragestellung immer an politische Gesichtspunkte gekoppelt. Eine breite Auslegung der Energiearmutsdefinition verhindert die Exklusion eventuell betroffener sozialer Gruppen, die für das Verständnis der Gesamtsituation in Österreich von Interesse sind.

Im Vereinigten Königreich werden auch Haushalte als energiearm bezeichnet, die vergleichsweise wohlhabend sind und aufgrund ihres Lebensstils einen Energiebedarf aufweisen, der dazu führt, dass sie ebenso über 10 % ihres Budgets für Energiedienstleistungen aufwenden müssen. Diese Situation als energiearm zu bezeichnen, widerspricht, aus der Perspektive dieser Studie, der Kernproblematik der Energiearmut. Es handelt sich in diesen Fällen eher um eine Überkonsumation von Haushaltsenergie, aber nicht um eine Problematik im Kontext von Energiearmut. Natürlich bedingt eine Diskussion über Energiearmut immer die Festlegung von (finanziellen) Grenzwerten. Dies bedingt wiederum Grenzfälle, wenn man die Thematik quantitativ untersucht. Eine quantitative Definition von Energiearmut in Österreich bzw. der Steiermark scheidet im Rahmen dieser Arbeit jedoch aus und stellt ein Desiderat für zukünftige Forschungsvorhaben dar.

Auf Basis der vorhandenen Literatur ist davon auszugehen, dass auch in Österreich unterschiedliche soziale Bevölkerungsgruppen von Energiearmut betroffen bzw. gefährdet sind, wie auch die allgemeine Armutsproblematik nicht gleichförmig oder willkürlich innerhalb der

österreichischen Gesellschaft verteilt ist. Energiearmut ist ebenso als ein Produkt der Transformation der Wohnverhältnisse zu verstehen, die mit Industrialisierung und Modernisierung einherging. Ebenso ist sie in diesem Kontext an die Entstehung der modernen Industriegesellschaft gekoppelt, die durch billige (v. a. fossile Rohstoffe) in den vergangenen zwei Jahrhunderten möglich wurde. Soziale Entwicklungen wie Migration, Geschlechtergerechtigkeit, Alter, Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse u. a. sind ebenso in den Entstehungskontext von Energiearmut verwoben. Die folgenden Teile geben einen exkursorischen Überblick über die Entstehung des österreichischen Energiesystems und der modernen Wohnformen sowie eine Übersicht über aktuelle statistische Daten und Forschungsberichte, die für den Kontext dieser Studie relevant sind.

3.4.1. Die Entwicklung des österreichischen Energiesystems und der modernen Wohnformen

Das Energiesystem in Österreich erlebte in den vergangenen zwei Jahrhunderten wesentliche Umbrüche, ohne die die heutige Situation bzw. energetische Ausrichtung des Energiesystems nicht zu verstehen ist. Erst in der zweiten Hälfte des 19. Jahrhunderts erfolgte in Österreich der sich in der Folge rasant vollziehende Wechsel von Holz auf Kohle als primäres im Haushalt verwendetes Heizmittel. Am Ende des 19. Jahrhunderts wurde der Kohlebedarf zu über 90 % aus Gebieten bedient, die nicht mehr auf dem Gebiet des heutigen Staates Österreich zu finden sind. Diese Umstellung auf Kohle war die Voraussetzung für eine stark ansteigende Urbanisierung, einen Ausbau der Infrastruktur (Eisenbahnnetz) und einen Rückgang der Landbevölkerung. Es kam am Übergang vom 19. zum 20. Jahrhundert zu einer Entkopplung von der landwirtschaftlichen Fläche. Der fossile Energieträger Kohle ermöglichte ein sozioökonomisches Wachstum, das die energetischen Möglichkeiten eines rein auf der biophysischen Fläche basierenden (solaren) Energiesystems bei Weitem überschritt. Kohle wiederum wurde als primärer Energieträger in der Zeitspanne 1950–1975 durch Erdöl und Gas abgelöst und es kam in Verbindung mit den Industrialisierungsprozessen zu einer Verdoppelung des gesamten Energieumsatzes und einem signifikanten Anstieg (Verdoppelung pro Kopf) des Gesamtenergieverbrauchs (Sieferle et al. 2006, 222 u. 241–243).

Die Genese des Energiesystems in Österreich gestaltete sich im Vergleich zu Großbritannien sehr unterschiedlich und die beiden jeweils spezifischen Entwicklungen stellen nach Sieferle et al. zwei Extreme der europäischen Entwicklung nationaler Energiesysteme dar. Generell hat das Vereinigte Königreich die Vorreiterrolle hinsichtlich der industriellen Entwicklung inne. Österreich ist in dieser Hinsicht eher als Nachzügler einzustufen. So kam in Österreich Kohle als Energieträger erst um 1850 in Gebrauch, wohingegen in Großbritannien zu dieser Zeit schon über 50 % der Primärenergie aus Kohle bezogen wurde (ebd., 265). Die Ablösung der Kohle erfolgte dann in beiden Ländern zeitgleich um 1950 durch Erdöl, wobei in Österreich der Ausbau der Wasserkraft zu erwähnen ist und im Vereinigten Königreich der Einzug der Kernenergie (ebd., 275). Ab 1950 war die Elektrifizierung in Österreich flächendeckend fortgeschritten und ab diesem Zeitpunkt entwickelte sich auch die Anzahl von elektrischen Haushaltsgeräten in hohem Tempo, dies schlug sich wiederum auf einen Anstieg des Energieverbrauchs der privaten Haushalte nieder (von 9 % 1950 auf 23 % im Jahr 1980). Für diese Steigerung des individuellen Energieverbrauchs am Gesamtenergieverbrauch sind noch

zwei weitere Faktoren (im Sinnen der Energiearmutsperspektive) zu nennen: die in der zweiten Hälfte des 20. Jahrhunderts steigende Anzahl an Zentralheizungen in privaten Haushalten (1960 weniger als 10 %, 1981 über 50 %, 1990 62 % und 2002 78 %) sowie der Anstieg der allgemeinen Motorisierung und Steigerung des Individualverkehrs und die sich daraus ergebenden Konsummuster (ebd., 279–280). Die privaten Haushalte machten im Jahr 2007 etwa 25 % des österreichischen Energieendverbrauchs aus, wobei 73 % der Gesamtenergie auf fossile Energieträger zurückzuführen sind. Seit 1970 verzeichnet Österreich einen durchschnittlichen jährlichen Pro-Kopf-Zuwachs des Energieverbrauchs von 1,3 % (Plackner 2010, 35).

Die moderne Form des Wohnens entwickelte sich in Verbindung mit der Genese des Energiesystems im Laufe der Industrialisierungs- und Urbanisierungsprozesse des 19. Jahrhunderts. Die zuvor ganzheitliche Arbeits- und Wohngemeinschaft des „Ganzen Hauses" (die mehr Haushaltsmitglieder als die heute geläufige Kernfamilie mit Eltern und Kindern umfasste) wurde in diesem zivilisatorischen Prozess vom privaten Haushalt ersetzt. Durch das Fortschreiten von arbeitsteiligen, ökonomischen Entwicklungen wurde der Haushalt von der Selbsterhaltung und –versorgung der Mitglieder zunehmend entbunden. Das Wohnen wurde in weiterer Folge zunehmend vermarktet, weniger selbstbestimmt und zur Sphäre des Freizeitkonsums (dies war wiederum an die Entstehung des Freizeitkonzepts an sich gekoppelt). Diese Vorstellungen und Idealisierungen des (modernen und v. a. bürgerlichen) Wohnens sind ebenso in den Normierungen von Wohnungsgrundrissen und Wohnausstattungen festgeschrieben. Die Möglichkeiten zur Einflussnahme auf die Grundausrichtung der Wohnräumlichkeiten (z. B. die Zimmergrößen) sind der/dem durchschnittlichen MieterIn im Vorfeld der Wohnraumerrichtung nicht gegeben. Im Weiteren sind die Bereiche der Mitbestimmung von MieterInnen in bezogenen Wohnungen sehr eingeschränkt (Häußermann & Siebel 2000, 24, 28, 42). Diese Feststellung ist im Angesicht der dieser Studie zugrunde liegenden sozialen Schicht von Relevanz, da armutsgefährdete Haushalte einen (in finanzieller Hinsicht) noch eingeschränkteren Spielraum zur Gestaltung oder Verbesserung ihrer Wohnverhältnisse aufweisen.

Die Wohnkultur prägt, nach Häußermann und Siebel, die soziale Zugehörigkeit bzw. spiegelt diese nach außen. Der Wohnraum (im urbanen Bereich meist die Wohnung) ist durch das persönlich Erlebte und Investierte (Zeit, Ideen, Vorstellungen und finanzielle Mittel) und emotionale Zuschreibungen ein wichtiger Erinnerungsort für das Individuum. Er wird dadurch zur Heimat und stiftet Identität. Dies unterscheidet die moderne Wohnung von Wohnformen früherer Zeiten, da sie ein Ort des Privaten ist, sich gegenüber dem öffentlichen Leben abgrenzt und sich verstärkt zum Bereich der (Kern-)Familie entwickelt hat. Die Wohnung wird auch zum Ort sozialer Distinktion, wenn es zum Beispiel um die Möglichkeiten geht, technische und wohnräumliche Verbesserungen oder Veränderungen vorzunehmen; Investitionen sind stets an eingeschränkte finanzielle Mittel gebunden (ebd., 44–45).

> Klassen-, Standes- und Schichtzugehörigkeiten bestimmen die Wohnkultur einerseits durch die typischen materiellen Restriktionen und Notwendigkeiten, die sich aus der sozialen Lage ergeben, andererseits aus den Traditionen und Normen, die damit verbunden sind. […] Soziale Lage, Funktion und Normierung der Wohnung bringen also verschiedene Formen der Wohnkultur hervor (Häußermann/Siebel 2000, 46).

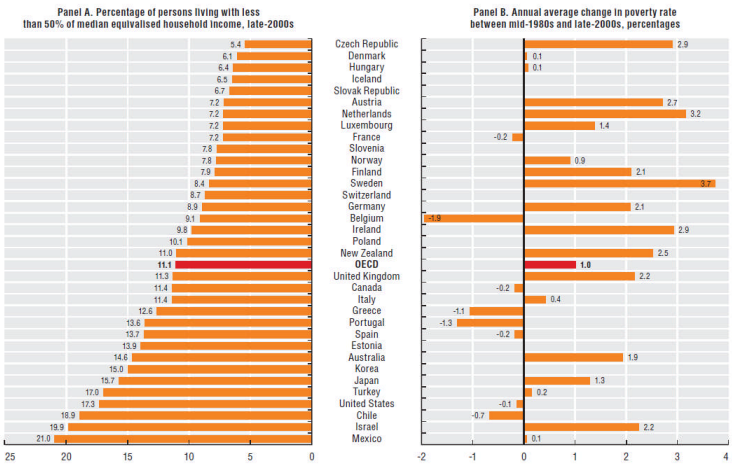
Diese Darstellung ist für die vorliegende Studie insofern relevant, als es sich bei energiearmen Personen um Haushalte handelt, die eine bestimmte sozioökonomische Lage der Armutsgefährdung aufweisen. Hier wird die starke Einschränkung der finanziellen Mittel in

Anbetracht der Energiearmutsproblematik sichtbar, da die oft unzureichenden Wohnbedingungen auf schichtspezifische (materielle) Rahmenbedingungen zurückzuführen sind. Natürlich sind über individuelle Verhaltensänderungen Verbesserungen in energetischer Sicht zu erreichen, aber der Wirkungsraum jener Maßnahmen ist aufgrund der physischen Realität der Wohnverhältnisse stark begrenzt. Das oft angeführte Dilemma der rechtlichen bzw. besitztechnischen Rahmenbedingungen hinsichtlich der thermischen Sanierung von Wohnbauten aus dem Zeitraum von 1950 bis 1980 ist eine wichtige Ebene dieser Problematik. Die Zugehörigkeit zu einer spezifischen sozioökonomischen Schicht schränkt in diesem Falle das Spektrum der potenziellen Veränderungsmöglichkeiten in energetischer Hinsicht ein.

3.5. Statistische Daten und Berichte

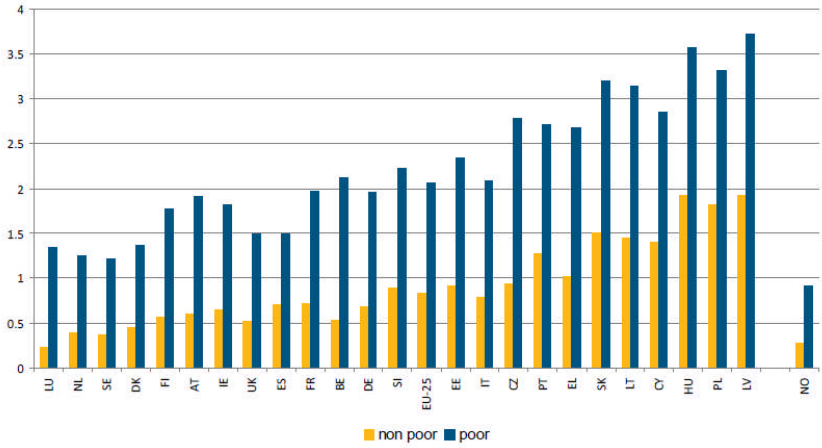
Diese folgende Zusammenstellung von statistischen Berichten speist sich in erster Linie aus Studien zur sozialen Lage und den damit verbundenen Problemfeldern sowie zur Situation der Armutsproblematik auf europäischer und österreichischer Ebene. Wie bereits einleitend erwähnt, existieren bis auf den englischsprachigen Raum keine Statistiken für Energiearmut in Europa bzw. für Staaten der Europäischen Union. Die erste Betrachtungsebene ist eine selektive Beschreibung von relevanten Berichten zu Österreich im europäischen bzw. OECD-Vergleich; darauf folgt eine Darstellung rein auf Österreich bezogener Daten mit einem Fokus auf die Steiermark und die Landeshauptstadt Graz.

Eine Zunahme der allgemeinen Armutsproblematik ist für den gesamten OECD-Raum zu beobachten. Grafik Nr. 5 zeigt auf der linken Seite die prozentuale Armutslage in den einzelnen OECD-Ländern gemessen an der Gesamtbevölkerung. Wobei hierbei jene Bevölkerungsteile angeben werden, die weniger als 50 % des äquivalenten Median-Haushaltseinkommens zur Verfügung haben (diese quantitative Armutsdefinition unterscheidet sich zum Beispiel von der EU-SILC-Erhebung, die jene Grenze mit 60 % ansetzt). Hierbei zeigt sich für Österreich mit 7,2 % gemessen an der Gesamtbevölkerung im Vergleich eine relativ positive Armutssituation; nur sechs OECD-Länder weisen niedrigere Armutswerte auf. Die jährliche prozentuale Zunahme der Armutsrate beträgt für Österreich jedoch 2,7 % und ist im Vergleich als hoch einzustufen (rechtes Balkendiagramm in Grafik Nr. 5).



Grafik 5: Armutsraten und Armutssteigerungsraten im OECD-Raum (OECD 2011, 69)

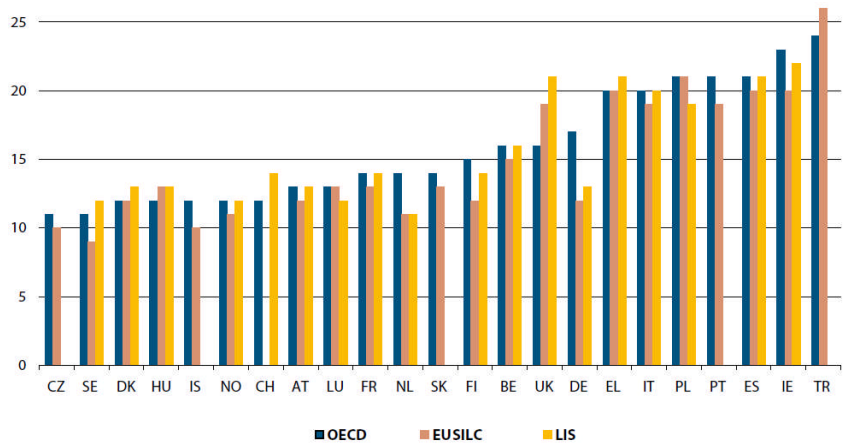
Grafik Nr. 6 zeigt die Intensität der Deprivation in den EU-Mitgliedsstaaten und weist die armutsgefährdeten Bevölkerungsteile separat aus. Deprivation wird im Rahmen dieser Studie festgestellt, wenn drei von neun vordefinierten Kategorien[2] aus finanziellen Gründen nicht bestritten werden können. Laut Studienautoren gibt es einen eindeutigen, sich ergänzenden Zusammenhang zwischen Einkommensarmut und Deprivation. Die allgemeine Deprivation in Österreich ist, auf Basis dieses Berichtes, als gering einzustufen. Die Deprivation von armen österreichischen Haushalten befindet sich jedoch im EU-weiten Mittelfeld.



Grafik 6: Einkommensarmut und Deprivation in Europa (Eurostat 2010b, 15)

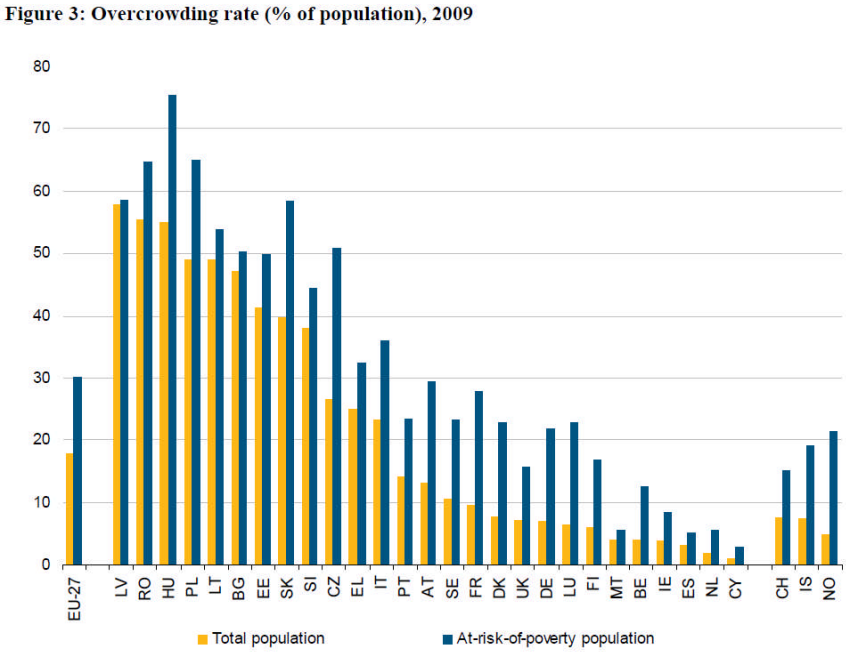
Grafik 7 zeigt die nationalen Armutsgefährdungsquoten der einzelnen EU- und OECD-Staaten. Werte der OECD, aus EU-SILC und der Luxembourg Income Study Database (LIS) werden zusammengefasst dargestellt. Alle drei statistischen Messungsmethoden für Armut und Armutsgefährdung zeigen ein ähnliches Bild für Österreich. Die Armutsgefährdungsquote für Österreich befindet sich je nach statistischem Verfahren zwischen elf und zwölf Prozent der Gesamtbevölkerung. Im Vergleich mit den Mitgliedsländern der Europäischen Union bzw. mit Ländern der OECD befindet sich Österreich im unteren Drittel der Armutsgefährdungsrate. Wobei zu beachten ist, dass die Staaten mit der niedrigsten Armutsgefährdungsquote einen Wert um die 10 % der Gesamtbevölkerung aufweisen und Österreich somit nur mit zwei bis drei Prozentpunkten über den Staaten mit der niedrigsten Quote liegt.

[2] Diese Kategorien sind: eine unerwartete Ausgabe (1); eine Woche Urlaub im Jahr weg von zu Hause (2); Schuldentilgung/Miete (3); jeden zweiten Tag eine Mahlzeit mit Fleisch (4); angemessene Heizung (5); Waschmaschine (6); Farbfernseher (7); Telefon (8); PKW (9).



Grafik 7: Armutsgefährdungsraten in Europa (Eurostat 2010a, 117)

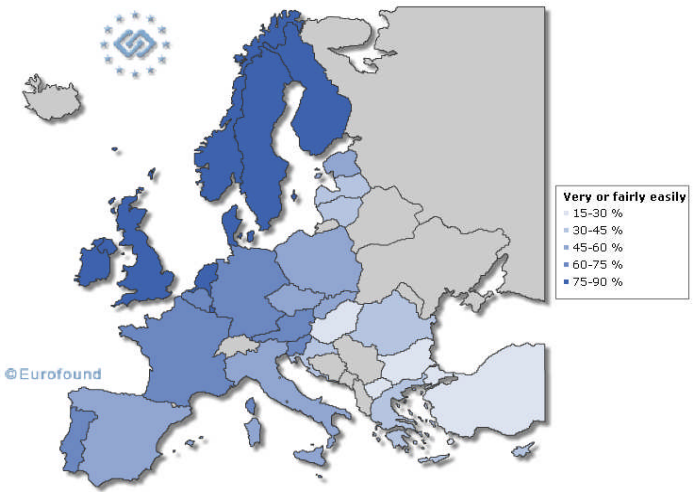
Wenn man die allgemeine Verteilung der Wohnformen betrachtet, leben in Österreich 42,6 % der Bevölkerung in einer Wohnung, 43,4 % in einem Einfamilienhaus und 14 % in einem Doppel- oder Reihenhaus bzw. in anderen Wohnformen. 13,2 % der Bevölkerung leben in einem Zustand der Überbelegung der Wohnräumlichkeiten (d. i., wenn pro Person nicht angemessen Wohnraum zur Verfügung steht) (siehe Grafik Nr. 8). Das größte in Österreich wahrgenommene Problem hinsichtlich der Wohnsituation, im Rahmen dieser Eurostat-Studie, sind ein undichtes Dach oder Feuchtigkeit (15,3 %) gefolgt von als Belastung empfundener Dunkelheit (6,5 %). Im Vergleich der EU27 liegt Österreich in einem zufriedenstellenden Verhältnis in Bezug auf die Defizite der Wohnverhältnisse (Eurostat 2011c, 2–3). Der Anteil der armutsgefährdeten Bevölkerung in Österreich, die von einer Überbelegung betroffen ist, wird in einer weiteren Eurostat-Studie mit knapp unter 30 % angegeben (Eurostat 2011a: 3).



Grafik 8: Überbelegung und Armutsgefährdung in der EU (Eurostat 2011a, 3)

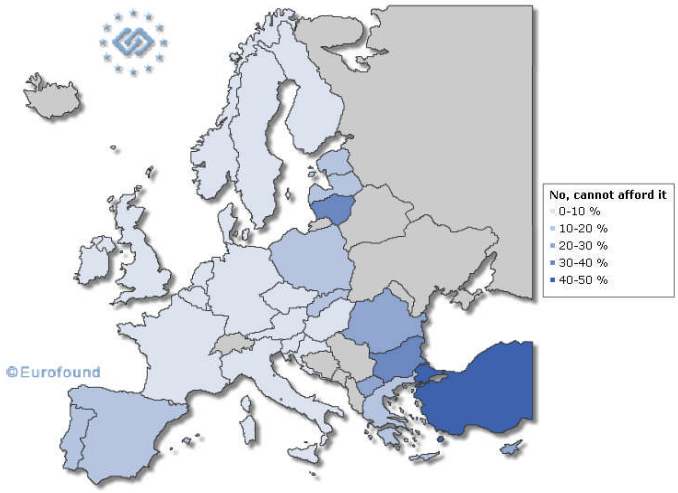
Die Ergebnisse der aktuellen *European Quality of Life Survey* (EQLS) aus dem Jahre 2007 sind online und in interaktiver Form zugänglich. Für diesen statistischen Überblick wurden zwei

Schwerpunkte ausgewählt, die für die Energiearmutsdiskussion relevant sind. Frage 57 (siehe Grafik Nr. 9) fokussiert auf das monetäre Auskommen mit dem monatlich zur Verfügung stehenden Haushaltseinkommen. 74,2 % der befragten österreichischen Haushalte haben laut eigener subjektiver Einschätzung kein Problem bis zum Monatsende ein finanzielles Auskommen zu finden. Es liegt im Rahmen dieser Studie kein Unterschied zwischen den Geschlechtern hinsichtlich dieser Fragestellung vor. Die jüngste Altersgruppe „18–34 Jahre“ (70,3 %) liegt mit 8,4 % hinter der ältesten Gruppe „65+“ (78,7 %) zurück. Starke Unterschiede gibt es erwartungsgemäß im Vergleich der Einkommensgruppen zu Frage 57. Nur 47,5 % des untersten Einkommensviertels beantworten Frage 57 mit „ja“. Das oberste Einkommensviertel weist einen Prozentwert von 93,6 % auf.



Grafik 9: Monatliches Auskommen mit dem Haushaltseinkommen (EQLS 2009, o. S.)

Frage 19 (Grafik Nr. 10) der zweiten EQLS-Studie betrifft die finanziellen Möglichkeiten zur Beheizung des Wohnraumes auf ein adäquates Temperaturniveau. 3,7 % der befragten österreichischen Haushalte gaben an, sich eine angemessene Wohnraumbeheizung nicht leisten zu können. Es sind auf Basis der zugänglichen Auswertungen keine auffälligen Schwankungen innerhalb der Altersgruppen bzw. zwischen den Geschlechtern festzustellen. Das niedrigste Einkommensviertel liegt mit 6,7 % jedoch mit drei Prozent über dem allgemeinen Durchschnittswert. Im Vergleich hierzu gaben in der ersten europäischen Erhebung zur Lebensqualität 2003 weniger als ein Prozent (0,6 %) der Befragten in Österreich an, ihren Wohnbereich aufgrund ihrer finanziellen Situation nicht adäquat beheizen zu können (Eurofound 2005, 43). Es kann somit für den Vergleichszeitraum der EQLS-Erhebungen von 2003 bis 2007 eine Zunahme der Heizproblematik in Österreich festgestellt werden.



Grafik 10: Finanzielles Unvermögen, den Wohnraum angemessen warmzuhalten (EQLS 2009, o. S.)

Österreich liegt aus europäischer Perspektive (in einem Vergleich der 27 EU-Staaten) mit einer Armutsgefährdung der Gesamtbevölkerung von 12,4 % im unteren Drittel (Wolff 2010, 1–2). Die Armutsgefährdungsschwelle (bezogen auf den Haushalt) wird im Rahmen von EU-SILC (Erhebung der Europäischen Union zu Einkommen und Lebensbedingungen) mit 60 % des mittleren Äquivalenzeinkommens festgelegt. Liegt das äquivalente Haushaltseinkommen unter diesem Wert, wird von Armutsgefährdung gesprochen. Auf das monatliche Einkommen bezogen betrug die Armutsgefährdungsschwelle 2008 für einen Einpersonenhaushalt Euro 951,–, für eine Alleinerzieherin mit einem Kind Euro 1.236,– und für eine vierköpfige Familie Euro 1.997,– (Land Steiermark 2010b, 13). In absoluten Zahlen sind demnach (unter Berücksichtigung der bei Hochrechnungen bedingten statistischen Schwankungsbreite) 940.000 bis 1,1 Mio. ÖsterreicherInnen armutsgefährdet. Jene prozentualen Hochrechnungen sagen jedoch nichts darüber aus, wie intensiv diese Haushalte von Armut betroffen sind. Die drei am stärksten durch Armut gefährdeten soziodemografischen Gruppen sind: Personen mit ausländischer Staatsbürgerschaft (nicht EU/EFTA) (30 %), Einelternhaushalte (29 %) und allein lebende Frauen in Pension (24 %) (BMASK 2009, 49–55).

Allgemein ist festzustellen, dass die finanzielle Situation der österreichischen Haushalte im europäischen Vergleich – das durchschnittliche Jahreseinkommen betreffend – ein Drittel über dem EU-Durchschnitt liegt (Eurofound 2009, 6 u. 11). Österreich hat den EU27-weit niedrigsten Anteil an Wohnenden in Eigentum (57,5 %), wobei in einer Gegenüberstellung von Haushaltsverschuldung und der tatsächlich wahrgenommenen Haushaltsverschuldung seitens der Haushaltsmitglieder Österreich sehr positiv einzustufen ist; sowohl das subjektiv wahrgenommene als auch das objektiv gemessene Verschuldungsniveau ist am niedrigsten (Eurostat 2011b, 8–9).

Auf EU-Ebene werden im Rahmen der regelmäßig durchgeführten EU-SILC-Erhebungen Daten zur Lage der Armutsgefährdung erhoben. Ein für die Energiearmutsthematik relevantes Merkmal ist die Frage nach den Möglichkeiten, die Wohnung angemessen warmhalten zu können. Laut der EU-SILC-Erhebung 2008 ist es 333.000 ÖsterreicherInnen (4 % der Bevölkerung) nicht möglich, ihren Wohnraum angemessen warmzuhalten (BMASK 2009, 86). Die aktuelle EU-SILC-Studie mit Bezugnahme auf das Referenzjahr 2009 weist für dieselbe Frage 3 % der Bevölkerung oder hochgerechnet 237.000 Personen aus (BMASK 2011, 45). Im österreichischen Sozialbericht des BMASK für den Zeitraum 2009–2010 sind 13 % der

armutsgefährdeten Personen nicht in der Lage, ihren Wohnraum angemessen warmzuhalten (diese Aussage beruht auf der EU-SILC-Erhebung 2008). Wenn Personen überschuldet sind, verschärft sich die Situation hinsichtlich der Wärmebereitstellung nochmals: 16 % dieser Personengruppe können sich das Heizen nur mehr ungenügend leisten (in absoluten Zahlen sind das 121.000 Menschen in Österreich) (BMASK 2010, 196–197).

Die Belastung durch Wohnkosten nach soziodemografischen Merkmalen in Österreich zeigt auf, dass vor allem Nicht-ÖsterreichInnen stark belastet sind (siehe Tabelle 2). Einelternhaushalte und arbeitslose Personen sind ebenso stark betroffen. Wenn die Haupteinkommensquelle einer Person staatliche Sozialleistungen oder Unterstützungszahlungen sind, stellen die Wohnkosten eine erhebliche Beschwernis dar. BewohnerInnen von Gemeindewohnungen sind im Sinne eines Vergleiches der rechtlichen Wohnverhältnisse am stärksten durch Wohnkosten belastet.

Soziodemographische Merkmale *)	Insgesamt	Keine Belastung		Gewisse Belastung		Starke Belastung		Wohnkostenanteil >25%		Wohnkosten [1]	
	in 1.000	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	in 1.000	in %	Arithm. Mittel in EUR	Anteil in %
Personen insgesamt *)	**8.214**	**2.115**	**26**	**5.036**	**61**	**1.064**	**13**	**1.514**	**18**	**3.010**	**18**
Gemeindegrößenklasse nach Einwohnerzahl (EW)											
Wien	1.591	585	37	769	48	236	15	514	32	3.863	23
Gemeinden mit mehr als 100.000 EW	738	245	33	384	52	109	15	222	30	3.545	22
Gemeinden mit mehr als 10.000 EW	1.319	289	22	864	66	166	13	268	20	3.127	18
Gemeinden mit weniger als 10.000 EW	4.566	995	22	3.018	66	553	12	510	11	2.575	15
Staatsbürgerschaft											
Österreich	7.328	1.940	26	4.493	61	895	12	1.214	17	2.959	17
darunter: eingebürgert (Nicht EU/EFTA)	255	40	16	145	57	70	27	70	28	2.932	21
Nicht Österreich	887	175	20	543	61	169	19	301	34	3.414	24
davon:											
EU/EFTA	293	65	22	190	65	39	13	105	36	4.268	23
sonstiges Ausland	593	110	19	353	60	130	22	195	33	2.993	24
Höchster Bildungsabschluss [2]											
Maximal Pflichtschule	1.722	381	22	1.031	60	311	18	338	20	2.618	19
Lehre/Berufsbildende mittlere Schule	3.307	873	26	2.056	62	378	11	517	16	2.916	17
Matura	1.151	349	30	691	60	111	10	233	20	3.430	18
Universität	643	254	39	348	54	42	6	125	19	4.114	18
Haushalte mit Kindern (ohne Pension)	**3.970**	**768**	**19**	**2.615**	**66**	**586**	**15**	**690**	**17**	**2.719**	**17**
Ein-Eltern-Haushalte	338	57	17	185	55	96	28	196	58	3.720	31
Mehrpersonenhaushalte mit 1 Kind	1.382	316	23	888	64	177	13	162	12	2.868	16
Mehrpersonenhaushalte mit 2 Kindern	1.512	270	18	1.034	68	209	14	209	14	2.542	16
Mehrpersonenhaushalte mit 3 und mehr Kindern	737	125	17	508	69	104	14	123	17	2.345	17
Rechtsverhältnis an der Wohnung											
Hauseigentum	4.032	823	20	2.781	69	427	11	278	7	2.405	13
Wohnungseigentum	832	292	35	437	52	104	12	78	9	2.827	15
Gemeindewohnung	527	163	31	233	44	131	25	201	38	3.382	25
Genossenschaftswohnung [3]	993	285	29	596	60	112	11	322	32	3.829	24
Sonstige Haupt-/Untermiete	1.361	347	25	765	56	249	18	599	44	4.283	27
Mietfreie Wohnung/Haus	469	205	44	223	48	41	9	37	8	2.267	17
Haupttätigkeit [2]											
Erwerbstätig	3.567	987	28	2.236	63	345	10	520	15	3.161	17
davon:											
Vollzeit	2.876	827	29	1.788	62	261	9	398	14	3.191	16
Teilzeit	691	161	23	448	65	83	12	122	18	3.034	18
Pension	1.852	580	31	1.046	56	226	12	334	18	3.041	18
Arbeitslos	302	44	15	159	53	99	33	115	38	3.016	25
Haushalt	666	149	22	410	62	107	16	157	24	2.709	20
In Ausbildung	436	97	22	275	63	64	15	87	20	2.664	18
Haupteinkommensquelle											
Unselbständige Arbeit	5.016	1.254	25	3.232	64	529	11	711	14	2.988	16
Selbständige Arbeit	620	189	31	395	64	36	6	109	18	3.199	17
Sozialleistungen	740	92	12	392	53	256	35	341	46	2.840	29
Pensionen	1.741	558	32	957	55	226	13	320	18	3.052	18
Private Einkommen	98	22	22	60	61	17	17	33	34	3.558	27

Q: EU-SILC 2007. - *) Personen in Privathaushalten. Bei allen Haushalts- und Wohnungsmerkmalen beziehen sich die Werte immer auf die Zahl der Personen in Haushalten. - [1]) Äquivalisierte jährliche Wohnkosten. - [2]) Nur Personen ab 16 Jahren. - [3]) Inkl. Mietwohnungen gemeinnütziger Bauvereinigungen.

Tabelle 2: Belastung durch Wohnkosten nach soziodemografischen Merkmalen (Statistik Austria 2009, 282)

Bei der Betrachtung der durchschnittlichen monatlichen Haushaltsausgaben nach Dezilen der Haushaltseinkommen in Österreich (auf Basis der Konsumerhebung 2004/2005 der Statistik Austria) wird ersichtlich, dass das unterste Einkommensdezil 6 % des Gesamtbudgets für Energie ausgibt, das oberste Dezil hingegen nur 3,8 % (siehe Tabelle 3).

	1.Decile	2.Decile	3.Decile	4.Decile	5.Decile	6.Decile	7.Decile	8.Decile	9.Decile	10.Decile

	Monthly expenditures per household by deciles of household incomes (%)									
	>1.034€	1.034-1.374€	1.375-1.689€	1.690-1.991€	1.992-2.352€	2.353-2.736€	2.737-3.206€	3.207-3.760€	3.761-4.725€	<4.725€
Accommodation, Heating, lighting	29,4	26,9	23,7	23,2	21,8	23,7	22,3	20,1	21,2	19,9
Energy	6,0	5,7	5,1	4,9	4,8	4,8	4,5	4,3	4,2	3,8

Tabelle 3: Haushaltsausgaben für Energie nach Dezilen 2004/2005 (Statistik Austria 2010: Auskunft per E-Mail auf Anfrage, o. S.)

Auch in den ersten Ergebnissen der aktuellen Konsumerhebung 2009/2010 der Statistik Austria setzt sich der zuvor beschriebene Trend fort. Das einkommensschwächste Quartil (8,3 %) gibt im Vergleich zum einkommensstärksten Quartil (3,3 %) um 5 % mehr für Energie im Haushalt aus. Niedrigeres Haushaltseinkommen geht somit auch in Österreich eindeutig mit proportional höheren Ausgaben für Energie im Haushalt einher (siehe Tabelle Nr. 4).

Ausgewählte Ausgabengruppen	Alle Haushalte	Quartile der Äquivalenzausgaben [1])			
		1. Quartil	2. Quartil	3. Quartil	4. Quartil
		Weniger als 1.178 Euro	1.178 Euro bis 1.639 Euro	1.640 Euro bis 2.286 Euro	Mehr als 2.286 Euro
Anzahl der Haushalte	6.534	1.624	1.641	1.672	1.597
Anzahl der Haushalte hochgerechnet (in 1.000)	3.605,1	899,5	904,5	898,7	902,4
Durchschnittliche Haushaltsgröße	2,29	2,38	2,40	2,36	2,03
Äquivalenzausgaben [1])	**1.880**	**896**	**1.400**	**1.930**	**3.290**
		Äquivalenzausgaben [1]) in %			
Wohnen, Energie	**24,6**	**37,2**	**29,6**	**24,5**	**19,1**
Tatsächlich gezahlte Wohnungsmieten	5,0	9,6	6,7	4,6	3,2
Imputierte Mieten (Erstwohnungen)	8,7	12,3	10,7	9,3	6,4
Wohnungsinstandhaltung	2,3	0,7	1,4	1,9	3,4
Betriebskosten, Sonstige Zahlungen	3,8	6,4	4,6	3,7	2,8
Energie	4,8	8,3	6,1	4,8	3,3

Tabelle 4: Haushaltsausgaben für Energie nach Quartilen 2009/2010 (Statistik Austria 2011, o. S., mod. durch Autor)

Die Situation der Armutsgefährdung in der Steiermark entspricht dem österreichischen Trend: nach EU-SILC 2008 waren 11,9 % der steirischen Bevölkerung armutsgefährdet; in absoluten Zahlen entspricht dies 142.000 BürgerInnen in der Steiermark. Mit dieser Quote liegt die Steiermark im Mittelfeld der österreichischen Bundesländer. Die niedrigste Armutsgefährdung weist das Bundesland Salzburg auf (7,8 %) und die höchste Vorarlberg (18,7 %). Ebenso wie im gesamtösterreichischen Kontext sind in der Steiermark AusländerInnen (nicht EU/EFTA) die am stärksten armutsgefährdete soziodemografische Gruppierung mit einer Armutsgefährdungsquote von 44 % (Land Steiermark 2010b, 16–19). In der Landeshauptstadt Graz sind 40.400 EinwohnerInnen armutsgefährdet. Diese Schätzung ergibt sich aus einer Hochrechnung für Städte in Österreich mit über 100.000 EinwohnerInnen, wobei diese mit einer allgemeinen Armutsgefährdung von 16 Prozent über dem österreichischen Durchschnitt liegen. Personen aus Nicht-EU/EFTA-Staaten weisen in Graz mit 30 % eine überdurchschnittlich hohe Armutsgefährdung auf. Eingebürgerte MigrantInnen sind mit 22 Prozent ebenso hoch armutsgefährdet (Paierl & Stoppacher 2010, 23–26)

Es gilt bei der Betrachtung von Statistiken zur Armutssituation zu beachten, dass Armut in der Regel multifaktoriell auftritt. So ist, laut Volkshilfe Österreich und dem ersten Steirischen Frauenbericht, Armut ein sehr stark weiblich geprägtes gesellschaftliches Problemfeld, das zum

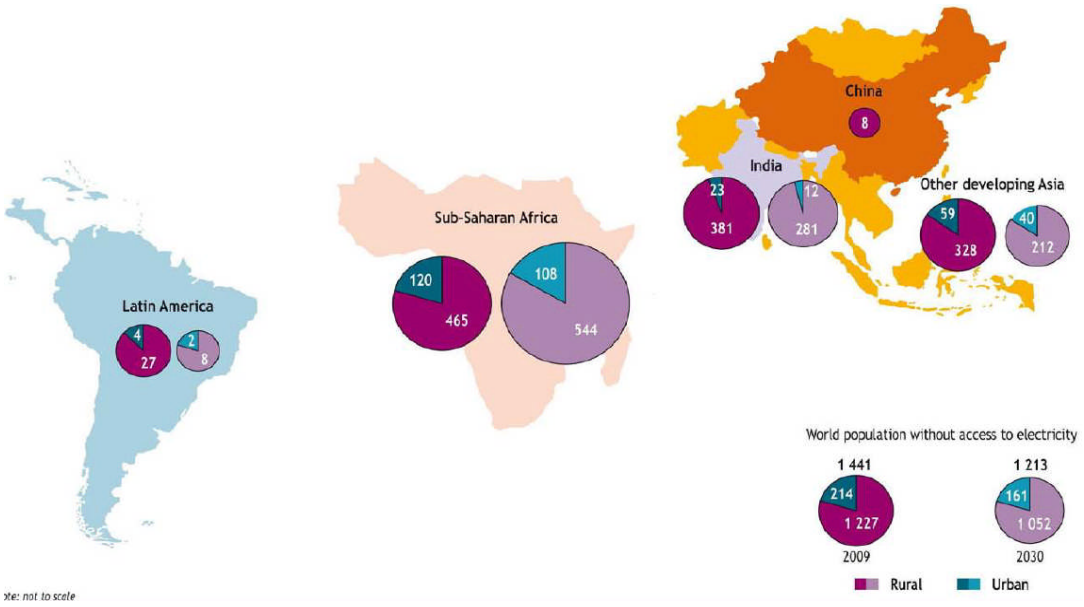
Beispiel mit körperlicher Behinderung einhergehen kann; die Wohnverhältnisse von Behinderten sind oft ungenügend und es müssen, so Volkshilfe Österreich, 25 % des Einkommens für das Wohnen aufgebracht werden (Volkshilfe Österreich 2010, 20) (Land Steiermark 2010a, 18).

3.6. DAS FORSCHUNGSFELD „ENERGIEARMUT“

Wie schon in der Einleitung erwähnt, stellt sich die Ausprägung der Energiearmut je nach (geografischem) Betrachtungskontext sehr unterschiedlich dar. Die quantitative Dimension von Energiearmut kann zum Beispiel durch ein ausgebautes Sozialsystem und durch die damit verbundenen Unterstützungszahlungen und Sozialleistungen stark eingedämmt werden. Der Überblick über die sozial-statistische Datenlage im Staatenvergleich macht deutlich, dass Österreich eine privilegierte wohlhabende Position innehat. Um der sozial-geografischen Verortung der Energiearmut in Österreich und der Steiermark gerecht zu werden, beginnt das folgende Kapitel mit einem Einblick in die Energiearmut im globalen Kontext und widmet sich dann einem Überblick über den Forschungsstand in Europa. Das Hauptaugenmerk dieses Forschungsberichtes sowie dieses Kapitels liegt jedoch auf der Energiearmutsforschung in Österreich.

3.6.1. ENERGIEARMUT IM GLOBALEN KONTEXT

Ein Auszug des *World Energy Outlook* 2010 von OECD und Internationaler Energieagentur (IEA) gibt Aufschluss über den Zugang zu modernen Energiedienstleistungen aus globaler Perspektive. Energiearmut ist im Kontext dieses Berichtes durch den mangelnden Zugang zur Versorgung mit Elektrizität gegeben. Grafik Nr. 11 stellt die Anzahl an Menschen (unterteilt in urban und ländlich; unter Ausschluss der sogenannten westlichen Industriestaaten) ohne Zugang zu regelmäßiger Stromversorgung dar. Das Referenzjahr 2009 wird ausgewiesen sowie eine Projektion für das Jahr 2030. Die absolute Anzahl an Menschen ohne Zugang zu Strom wird bis 2030 laut IEA und OECD von ca. 1,4 Mrd. auf 1,2 Mrd. Personen zurückgehen. Die Problematik ist stark ländlich geprägt und stellt sich für die einzelnen Weltregionen unterschiedlich dar. China wird bis 2030 eine flächendeckende Versorgung aufweisen; Lateinamerika, Indien und Süd-Ost-Asien werden sich in den kommenden 20 Jahren verbessern; das subsaharische Afrika wird jedoch laut dieser Projektion einen deutlichen Zuwachs an mangelndem Zugang zu Elektrizität zu verzeichnen haben, wobei zu beachten ist, dass es die ländliche Energiearmut ist, die jene negativen Steigerungen aufweist. Das urbane subsaharische Afrika wird den Stromzugang steigern. Dass Energieversorgung ebenso ein entwicklungspolitisch geprägtes Feld ist, wird durch den Fakt deutlich, dass das gesamte subsaharische Afrika (ohne Südafrika) denselben Energieverbrauch pro Kopf (hier bezogen auf Strom) aufweist wie der US-Bundesstaat New York (OECD/IEA 2010, 7–11).



Grafik 11: Anzahl unterversorgter Bevölkerung in urbanen und ruralen Gebieten 2009 und 2030 (OECD/IEA, 12)

Eine Studie zur Lage der Energiearmut im asiatischen Staat Bangladesch verdeutlicht abermals die unterschiedliche Dimension der hier diskutierten Thematik im Vergleich zu den wirtschaftlich wohlhabenden Staaten des sogenannten Westens. Laut den AutorInnen sind 58 % der Haushalte in Bangladesch energiearm. Die Haushalte greifen auf traditionelle Brennmaterialien zum Kochen und zur Wärmebereitstellung zurück. Dieser Umstand beinhaltet auch eine sozial-medizinische Komponente, da offene Feuer im Gegensatz zu modernen Brennstoffen eine schädliche Rauchentwicklung bedingen. Eine Verbesserung dieser Problematik kann zum Beispiel durch die Erneuerung der Herdsysteme der Haushalte erreicht werden, ist aber mit der Anbindung an Strom und Gas verbunden. Ebenso ist die Energieproduktion und Versorgungssicherheit in diesem Land nicht zur Gänze gegeben. Mangelnde Produktions- und Leitungskapazitäten führen immer wieder zu Blackouts in der Energieversorgung. Eine innovative und erfolgreiche Lösungsstrategie sind dezentrale, individuelle Lösungen wie die Installation von Fotovoltaikanlagen oder Bio-Gas-Systemen in den Haushalten (Barnes et al. 2010, 903).

3.6.2. ENERGIEARMUT IN EUROPA

Während in Österreich die Situation der Energiearmut noch unzureichend beforscht ist, ist die Problematik in Großbritannien seit den 1970er-Jahren im öffentlichen und akademischen Bewusstsein verankert. Circa 16 % aller britischen Haushalte fallen unter die offizielle Definition der Energiearmut (DECC 2009a, 6). Im Zeitraum von 2004 bis 2007 hat sich die Anzahl der betroffenen Haushalte von zwei auf vier Millionen verdoppelt (DECC 2009b, 5). Ein Haushalt wird im Vereinigten Königreich als energiearm definiert, wenn über 10 % des gesamten Haushaltseinkommens für Strom- und Wärmebereitstellung aufgewendet werden müssen. Das Ministerium für Energie und Klimawandel gibt eine jährliche Bestandsaufnahme über die Entwicklung der Energiearmut in Auftrag und hält regelmäßig Arbeitstreffen mit den relevanten AkteurInnen ab (ebd., 32–38).

Das Forschungsfeld im Vereinigten Königreich hat in den letzten Jahren eine Vielzahl an Publikationen zur Energiearmut hervorgebracht. Neben der Forschungsarbeit von Brenda Boardman, die in diesem Kapitel bereits vorgestellt wurde, finden sich viele disziplinenübergreifende und interessante Ansatzpunkte. Fahmy et al. beschäftigen sich beispielweise mit der geografischen Verortung der Energiearmut in England und analysieren die Möglichkeiten einer informationsgestützten Modellierung. Geografische Informationssysteme bieten, laut den AutorInnen, die Möglichkeit für einen effizienteren und mehr zielgerichteten Einsatz der Mittel der öffentlichen Hand, um der Energiearmut entgegenzuwirken. Entscheidend für eine erfolgreiche Modellierung ist die zugrunde liegende Datenlage (Einkommensverteilung, Zustand der Wohnobjekte, die Entwicklung der regionalen Energiepreise) und die quantitative Definition von Energiearmut (Fahmy et al. 2011, 4377). Walker analysiert das Potenzial von dezentralen Herstellungsformen für Strom und Wärme (Fotovoltaik oder Biomasseheizung), um der Energiearmut in Großbritannien entgegenzuwirken. Er kommt zum Schluss, dass dezentrale Energieerzeugung auf der Mikroebene in energiearmen Haushalten nur eine Chance hat, wenn sie durch dementsprechend gestaltete öffentliche Programme subventioniert wird. Die langfristigen sozioökonomischen Kosten-Nutzen-Verhältnisse einer solchen Agenda sind jedoch noch relativ ungewiss (Walker 2008, 4517). Laut Roberts ist Energiearmut in Großbritannien vor allem unter SeniorInnen ein Problem, die dadurch auch gesundheitlich überdurchschnittlich in Mitleidenschaft gezogen werden. Er schlägt, neben den klassischen finanziellen Unterstützungen der Einkommen und Energiedienstleistungen von Betroffenen, Initiativen vor, die v. a. SeniorInnen dazu bewegen, ihre energetisch ineffizienten Wohnhäuser mit zu großer (und ungenützter) Wohnfläche aufzugeben und in effizientere Wohnformen umzuziehen (Roberts 2008, 4475). Liddell und Morris führen eine Metaanalyse der sozialmedizinischen Auswirkungen von Energiearmut durch. Grafik Nr. 12 beschreibt diese Zusammenhänge und gibt auch über die wissenschaftliche Evidenz der Wirkungsketten Aufschluss. Die sozioökonomischen Rahmenbedingungen wirken, wie im Flussdiagramm dargestellt, auf die durchschnittliche Raumtemperatur im Wohnbereich ein. Die Art der Pfeile im Diagramm gibt Aufschluss über die wissenschaftliche Untermauerung der medizinischen und psychischen Wirkungszusammenhänge. Gut belegte Zusammenhänge bestehen zwischen der Raumtemperatur und der physischen Gesundheit von Säuglingen und Kindern sowie der psychischen Gesundheit von Jugendlichen, Erwachsenen und SeniorInnen. Die beiden AutorInnen weisen abschließend auf die teilweise ungenügende Datenlage hin und unterstreichen die Wichtigkeit von langfristigen Untersuchungen für zukünftige Präventionsmaßnahmen (Liddell & Morris 2010, 2995).

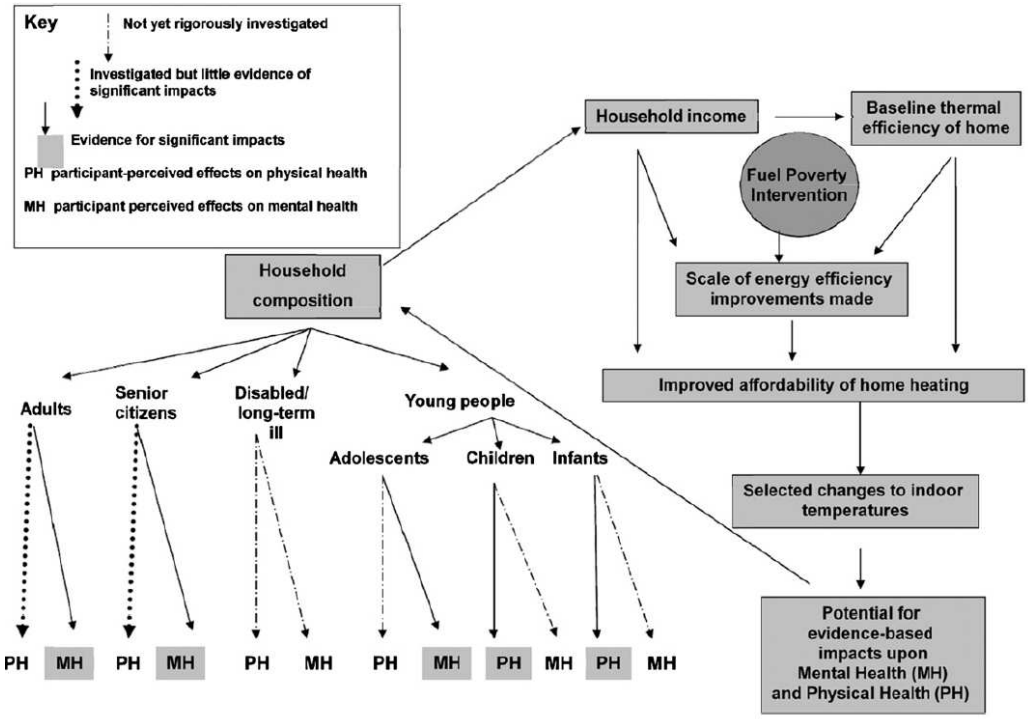


Fig. 1. Hypothesised pathways linking fuel poverty interventions to participant-perceived impacts on human health.

Grafik 12: Sozialmedizinische Auswirkungen von Energiearmut (Liddell & Morris 2010, 2995)

Die bis dato einzige großräumige EU-Forschungsinitiative „European Fuel Poverty and Energy Efficiency" (EFPEE) erforschte Energiearmut aus einer vergleichenden Perspektive in fünf EU-Mitgliedsstaaten (Großbritannien, Italien, Spanien, Belgien und Frankreich). Die Situation stellt sich für die einzelnen Länder differenziert dar. So ist in Spanien die Problematik kein relevantes Politikum, wohingegen in Großbritannien eine institutionalisierte Agenda zur Bewältigung der Energiearmut existiert. Der Fall Belgien hingegen zeigt, dass in einzelnen Regionen (Flandern und Wallonien) innerhalb eines Staates große Unterschiede zu beobachten sind. Die Studie stellt trotz beträchtlicher nationaler Unterschiede drei wesentliche gemeinsame Faktoren fest, die in allen fünf EU-Ländern die Energiearmut in Haushalten fördern: ein unterdurchschnittliches Haushaltseinkommen (1); ein unzureichender Gebäudezustand, der durch Bauverordnungen wesentlich beeinflusst wird (2); und der Anstieg der Preise für Energie (3). Die Studie ist jedoch nicht für den gesamten EU-Raum repräsentativ, da beispielsweise keine skandinavischen oder osteuropäischen Mitgliedsstaaten miteinbezogen wurden (EFPEE 2007, 5–8 u. 12). Die Folgen von Energiearmut sind für die Betroffenen breit gefächert. Die körperliche Gesundheit und die psychische Verfassung können nachhaltig in Mitleidenschaft gezogen werden. Aufgrund der Kälte und der Feuchtigkeit kann es zu dauerhaften Beeinträchtigungen der Atemwege kommen. Ebenso schlägt sich Energiearmut auf die Psyche nieder. Das Leben in Substandardwohnungen kann zu permanenten Angstzuständen und sozialer Isolation führen. Weiters kann die Behausung bzw. die Bausubstanz durch Energiearmut geschädigt werden, da bei unzureichender Beheizung Bauschäden auftreten können (EFPEE 2008, 10–12).

Auch in Deutschland ist die Energiearmut eine Thematik mit steigender Relevanz. So gab der Landtag von Nordrhein-Westfalen eine detaillierte Studie in Auftrag, die unter anderem die Situation privater Haushalte hinsichtlich der steigenden Belastung durch Energiekosten untersuchte. Im Zeitraum von 1990 bis 2005 war ein genereller Anstieg der Ausgaben für Energie von privaten Haushalten von 50 Prozent zu beobachten. Die Studie kam zum Schluss, dass die Energiekosten eines Haushaltes mit dessen Gesamteinkommen in einem indirekt

proportionalen Verhältnis stehen: je geringer das Haushaltseinkommen, desto höher ist der relative Anteil der Energiekosten am Gesamtbudget. Vor allem PensionistInnen und AlleinerzieherInnen sind als betroffene Gruppen zu nennen. Frauen sind stärker durch Energiearmut gefährdet, da sie in diesen Gruppen überproportional vertreten sind (Landtag Nordrhein-Westfalen 2008, 76–81). Ebenso ist zu beobachten, dass sich aufgrund von Zahlungsrückständen von Arbeitslosengeld- und SozialhilfeempfängerInnen in Verbindung mit Scham gegenüber den Behörden finanzielle Notlagen entwickeln können, die bis zur zwangsweisen Strom- oder Gasabschaltung durch das Energieversorgungsunternehmen führen können (Schröder 2008, o. S.).

Es findet sich in Deutschland bereits eine Reihe an Initiativen zur Minderung der Energiearmut. In einem Projekt im Großraum Hannover wurden beispielsweise Klimaschutzberatungen von MigrantInnen für MigrantInnen durchgeführt, wobei MigrantInnen vorerst zu KlimaschutzberaterInnen ausgebildet wurden. Ziel des Projekts war es auch, eine Verringerung der Wohnnebenkosten (Strom, Heizung) zu erreichen. Insgesamt wurden in 457 Haushalten Beratungen durchgeführt, die laut Studie dem russischen, türkisch/kurdisch/arabischen oder persischen Kulturraum zuzuordnen waren (Agenda 21 Hannover 2006, 6). Aus den Ergebnissen der Studie lässt sich erkennen, dass v. a. das Lüft- und Heizverhalten der beratenen Haushalte sehr ineffizient war und teilweise mit Schimmelbildung einherging. Die Fenster blieben in der Heizperiode tagsüber gekippt, das Wissen über eine effiziente Bedienung der Heizanlagen war in vielen Fällen nicht vorhanden und Energiesparlampen waren überdurchschnittlich unbekannt. Vor allem die Sprachbarriere im Umgang mit Behörden und Beratungsstellen war auffallend. Viele Befragte hatten negative Erfahrungen und mieden diese deshalb. Ebenso kommen viele der MigrantInnen aus Ländern, in denen das Bewusstsein über die Rechte als VerbraucherIn wenig bis gar nicht ausgeprägt sind. Eine stichprobenartige Nachbefragung der beratenen MigrantInnen-Haushalte ergab eine wesentliche positive Sensibilisierung der ProbandInnen (ebd., 24–25).

3.6.3. ENERGIEARMUT IN ÖSTERREICH

Die Wahrnehmung von Energiearmut in Österreich als eigenständiges sozialpolitisches Problem ist im landesweiten öffentlichen Diskurs als sehr gering und in den meisten Bundesländern als praktisch nicht vorhanden einzustufen. Zu Beginn der jahreszeitlich bedingten Heizsaison wird durch gewisse Nicht-Regierungsorganisationen jährlich auf die Tatsache hingewiesen, dass die Heizkosten für bestimmte Bevölkerungsgruppen finanziell nur schwer aufzubringen sind. Diese medial meist nur kurze und oberflächliche Wahrnehmung beschränkt sich auf das Thema der Wohnraumbeheizung und fristet ein Dasein als „Weihnachtsthema“. Der Terminus „Energiearmut“ wird in diesem Diskurs in der Regel nicht gebraucht. Eine Steigerung der Thematisierung ist, so Kopatz et al., trotz stark ansteigender finanzieller Belastungen durch Energiepreise in den vergangenen Jahren nicht zu beobachten. Ebenso sind die Rolle des Staates und dessen Sozialpolitik angesichts der steigenden Energiepreise und der damit verbundenen Steigerung der Energiearmut nicht eindeutig geregelt. Die Höhe der staatlichen Heizkostenzuschüsse orientiert sich nicht an den realen Preissteigerungen bzw. -entwicklungen der Energiekosten. Rechtsansprüche auf diese Leistungen sind von Bundesland zu Bundesland unterschiedlich und in vielen Fällen nicht eindeutig geregelt. Ebenso sind arme Haushalte in Energieeffizienzprogrammen in Österreich im Vergleich zu anderen EU-Staaten wenig bis gar

nicht berücksichtigt (Kopatz et al. 2010, 17–18 u 20). Laut Kopatz et al. galt Energiearmut aus Sicht der Forschung in Österreich bis 2009 als unbeschriebenes Blatt.

Das Energienutzungsverhalten von einkommensschwachen Haushalten wurde in Österreich zum ersten Mal durch das Projekt „NELA – Nachhaltiger Energieverbrauch und Lebensstile in armen und armutsgefährdeten Haushalten" systematisch und wissenschaftlich erforscht. Wesentlich ist, dass arme und armutsgefährdete Haushalte in erster Linie aufgrund struktureller Voraussetzungen einen höheren Energiekonsum aufweisen und nicht durch unbewusstes oder verschwenderisches Verhalten ihren Verbrauch in die Höhe treiben. Überbelegung, lange Aufenthaltszeit in den Wohnräumen, lange Phasen ohne Einkommen und eine mangelnde Energieeffizienz der Elektrogeräte und der Gebäude sind die wichtigsten Determinanten für diese Situation. Eine Analyse im Rahmen von NELA auf Basis der Konsumerhebung 2004/2005 zeigt, dass das oberste Einkommensquartil absolut doppelt so viel für Energie ausgibt als das unterste. Relativ verhält es sich jedoch so, dass das unterste Quartil um 2 % mehr für Energie im Kontext der gesamten Haushaltsausgaben aufwenden muss als das reichste vierte Quartil. Die AutorInnen gehen auf Basis dieser Zahlen näherungsweise davon aus, dass (im Sinne der britischen 10 %-Definition) Haushalte in Österreich von Energiearmut betroffen sind, die ein Haushaltseinkommen unter 1054,5 € aufweisen (ebd., 18–19).

Im Rahmen von NELA wurden 50 Interviews mit energiearmen Haushalten durchgeführt und einer qualitativen soziologischen Analyse unterzogen. Das Sample gibt die heterogene Bandbreite der unterschiedlichen Armutslagen in privaten Haushalten wieder; so wurden Langzeitarbeitslose, armutsgefährdete Einelternhaushalte, PensionistInnen und Haushalte mit Migrationshintergrund befragt. Eine zentrale Erkenntnis der Studie ist der bereits stark eingeschränkte Handlungsspielraum der untersuchten Personengruppe hinsichtlich der Einsparung von Energie. Diese Situation ergibt sich aus der finanziellen Situation der Befragten und dem ohnehin schon sehr sparsamen und genügsamen Energielebensstil. Effizienz- und Suffizienzstrategien sind im Großteil der beforschten Haushalte zu beobachten. Fenster- und Türschlitze werden behelfsmäßig abgedichtet oder nur einzelne Räume in der Wohnung werden während der jahreszeitlich bedingten Heizperiode warmgehalten. Ebenso ist in jenen Haushalten eine überdurchschnittlich hohe Verwendung von Energiesparlampen festzustellen, was ein Indiz für das durchaus vorhandene Bewusstsein der Verbrauchsproblematik ist. Ein weiteres Problem ist die Verwendung von in der Anschaffung günstiger oder geschenkter energieineffizienter Weißware. Generell werden, so die AutorInnen, Einsparpotenziale hinsichtlich der Stromnutzung überschätzt und bei der Energieverwendung für Heizung und Wärme unterschätzt. Der durch die Strommarktliberalisierung prinzipiell möglich gewordene Wechsel des Stromanbieters wird seitens der interviewten Personen praktisch nicht genutzt. Mangelnde Information, schwierige Alltagsverhältnisse und Scham blockieren einen strategischen Wechsel des Versorgungsunternehmens. Strukturelle Veränderungen der energetischen Situation der Wohnungen liegen in der Regel in den Händen der Hausverwaltungen und sind somit außerhalb des Einflussbereiches der untersuchten energiearmen Personen. Die AutorInnen weisen abschließend auf die hohe Komplexität der Energienutzung in privaten Haushalten hin (Brunner et al. 2010; Brunner et al. 2011).

> [D]er Energiekonsum [ist] hinsichtlich seiner Ausprägungen, Einflussfaktoren und Veränderungsdimensionen eine hochkomplexe Angelegenheit, die einen breiten, multidisziplinären Zugang erfordert. Energiepraktiken sind nicht nur von lebenslagenspezifischen Ressourcen und Restriktionen (u. a. Einkommen, Wohnungsgröße und -ausstattung) bestimmt, sondern auch von Einstellungen und Werten, sozialen und kulturellen Normen, der alltäglichen Lebensführung, vorhandenen Technologien und der natürlichen sowie gebauten Umwelt. Rahmend wirken auch die

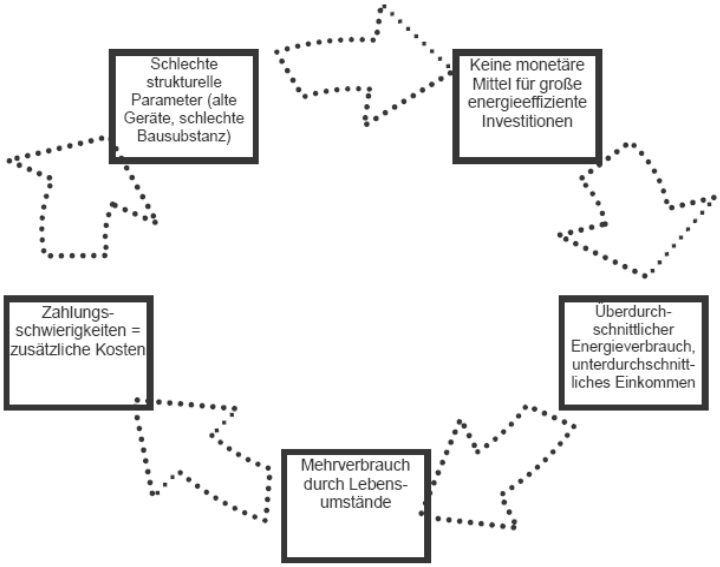
das Zusammenspiel dieser Faktoren beeinflussenden Diskurse, Infrastrukturen, Institutionen und gesellschaftlichen Trends (Brunner et al. 2011, 344).

Friedl nimmt eine Bestandsaufnahme und einen Vergleich einzelner Initiativen gegen Energiearmut in Österreich, Deutschland und Großbritannien vor. In Österreich gab es in den vergangenen drei Jahren einige Programme zur Steigerung der Energieeffizienz in einkommensschwachen Haushalten. Ein koordiniertes Vorgehen gegen Energiearmut ist jedoch weder auf nationaler noch in einem der neun Bundesländer zu erkennen. Die Autorin bemängelt, dass in Österreich (ebenso in Deutschland) im Gegensatz zu Großbritannien kein aussagekräftiges statistisches Datenmaterial zur Lage der Energiearmut vorliegt. Quantitatives und repräsentatives Datenmaterial sind für den österreichischen Kontext ein wichtiges Desiderat für die zukünftige Erforschung und Bekämpfung der Energiearmut. Friedl sieht einen gemeinschaftlichen Fond zur Förderung des Gerätetausches, um energiearme Haushalte durch eine bessere Energieeffizienz der verwendeten Weißware finanziell zu entlasten, als ein zukunftsfähiges Instrument an. Energieberatungen speziell für arme und armutsgefährdete Haushalte haben sich auch schon im österreichischen Kontext als effiziente Maßnahme und erster Schritt zur Eindämmung der Energiekosten in betroffenen Haushalten erwiesen. Die Einführung von Sozialtarifen bei Strom sieht Friedl als weitere Möglichkeit, gibt aber zu bedenken, dass die ökologische und energetische Dimension dieser Maßnahme bis jetzt nicht analysiert wurde. Abschließend sieht die Autorin die Problematik der Energiearmut in Österreich als erwiesen an, stellt aber das Fehlen einer systematischen Strategie zu ihrer Verringerung fest (Friedl 2011, 2–3 u. 11–13).

Strom wird in Haushalten mit niedrigem Gesamteinkommen – laut einer Studie von E-Control und Caritas Österreich in 58 Wiener Haushalten – überdurchschnittlich oft für Raumheizung und Warmwasseraufbereitung genutzt. Ebenso befinden sich diese meist in Wohnungen mit schlechtem Sanierungszustand. Der durchschnittliche Jahresstromverbrauch dieser nicht repräsentativen Stichprobe liegt mit 4300 kWh pro Haushalt im Jahr über dem österreichischen Durchschnitt von 4200 kWh pro Haushalt und Jahr. Das jährliche Einsparungspotenzial bei einer dementsprechenden Nutzungs- und Verhaltensänderung der Haushaltsmitglieder hinsichtlich des Energieverbrauches liegt, nach Proidl, bei bis zu 25 Prozent. Es besteht jedoch die Gefahr, dass der suboptimale Zustand der Häuser individuelle Effizienzsteigerungen in negativer Hinsicht kompensiert[3]. Proidl hebt hervor, dass bei Initiativen zum Austausch alter durch energieeffizientere Elektrogeräte sozial schwache Haushalte kaum die Möglichkeit zur Partizipation haben, da ihnen das nötige Eigenkapital fehlt, um bestehende Förderungen in Anspruch zu nehmen. Ebenso ist der Zugang zu Informationen über die Möglichkeiten zur Energieeinsparung eingeschränkt. Scham gegenüber öffentlichen Stellen kann ein Hemmnis für Mitglieder sozial schwacher Haushalte sein, Informationen über Förderungen einzuholen. Proidl skizziert im Abschluss des analytischen Teils der Studie von E-Control und Caritas Österreich einen „Teufelskreis der Verschuldung“ (Grafik Nr. 13). Aufgrund der monetären Lage bei finanzschwachen Haushalten und des schlechten Wohnstandards liegt der Energieverbrauch überdurchschnittlich hoch. Dies führt wiederum zu hohen Kosten und eventuellen

[3] Der jährliche Energieverbrauch der österreichischen Haushalte gestaltet sich differenziert: Den größten Posten nimmt mit 20,5 % des Gesamtverbrauches die Beheizung ein, gefolgt von Haushaltsgroßgeräten (17,4 %), der Warmwasseraufbereitung (17,1 %), dem Betrieb von Kühlgeräten (12,3 %) und der Beleuchtung (8,6 %). Die durchschnittliche monatliche Aufwendung privater Haushalte für Energie wird von der Statistik Austria mit 4,6 % des Haushaltseinkommens angegeben (Statistik Austria, 2009, 257 u. 358).

Zahlungsrückständen mit dementsprechenden Mahnungszahlungen und Spesen. Da jene Haushalte aber grundsätzlich wenig Spielraum haben, um ihre energetische Situation zu verbessern, verstärkt sich dieser „Teufelskreis“ in negativer Hinsicht (Proidl 2009, 5–6, 16–21 u. 25–26).



GRAFIK 13: „TEUFELSKREIS DER VERSCHULDUNG“ (PROIDL 2009, 26)

Jonathan Healy erarbeitete die erste europäische Vergleichsstudie hinsichtlich Energiearmut. Er vergleicht die Ergebnisse der ECHP-Erhebungen (European Community Household Penal) – die Vorläuferstudien der European Quality of Life Survey (EQLS) und Statistics on Income and Living Conditions (EU-SILC) – in 15 EU-Mitgliedsstaaten (EU15) im Zeitraum von 1994 bis 1997. Wobei zu beachten ist, dass Österreich erst im Jahre 1995 der Europäischen Gemeinschaft beigetreten ist; für Finnland (Beitritt 1996) und Schweden (1997) gilt dasselbe zu bedenken. Healys Studie hat einen starken Fokus auf Irland, da dieses Land zur Zeit der Entstehung dieses Forschungsberichtes im europäischen Schnitt über überdurchschnittlich schlechte Zustände der Bausubstanz (Isolierung, Energieeffizienz und Wärmedämmung) verfügte; der erste vergleichende Teil der Studie ist jedoch einem europäischen Vergleich gewidmet, in dem das Phänomen Energiearmut auf diverse Indikatoren hin untersucht wurde. Ebenso sind die gesundheitlichen Auswirkungen von Energiearmut im Brennpunkt dieser Studie. So lässt sich nach Healy eine überdurchschnittlich höhere Mortalität und Morbidität aufgrund von unzureichender Beheizung (Wärmeniveau im Wohnraum) feststellen (Healy 2004, 3).

Der wichtigste Indikator für die Vergleichsstudie ist das Vermögen von Haushalten, ihre Wohnräumlichkeiten auf einem angenehmen Niveau zu halten, aber auch subjektive Einschätzungen, wie die Zufriedenheit mit der Lebensqualität, fließen in die komparative Analyse mit ein. Schon die Form der Behausungen unterscheidet sich in den untersuchten EU-Ländern erheblich. So ist zum Beispiel die Bauform des Doppelhauses (sozusagen zwei miteinander verbundene Einfamilienhäuser) in Österreich mit 4,5 % eher unüblich, wohingegen sie in den Niederlanden und dem Vereinigten Königreich über die Hälfte der Behausungsformen ausmacht (ebd., 11). 58,7 % der befragten ÖsterreicherInnen lebten im Eigenheim und 34,6 % in Miete und 6,6 % mietfrei, aber nicht im Eigentum. Den Wohnbereich auf einem angemessenen Temperaturniveau zu halten, stellte im Befragungszeitraum von 1995 bis 1997 für die befragten Haushalte in Österreich im Vergleich zu den anderen EU-Staaten ein unterdurchschnittliches

Problem dar und bewegte sich in den betreffenden Jahren zwischen 1,8 und 2,5 Prozent der befragten Haushalte. Healy entwirft sechs Szenarien, in welchen die Energiearmuts-Indikatoren „Unvermögen, das Zuhause adäquat zu beheizen“ (1), „Unvermögen, die Energierechnung zu bezahlen“(2), „Fehlen einer adäquaten Heizanlage“(3), „Dämmung von Wänden und/oder Böden“(4), „Verwitterte Fensterrahmen“ (5) und „Fehlen einer Zentralheizung“ (6) unterschiedlich stark gewichtet werden. Am stärksten (9,8 % der befragten Haushalte) fällt die Energiearmut in Österreich in jenem Szenario aus, in dem nur die objektiven Indikatoren (vier bis sechs) berücksichtigt und gleich gewichtet werden. Im Gegensatz dazu stellt das rein „subjektive“ Szenario (Indikatoren eins bis drei, die auf subjektiven Einschätzungen beruhen) prozentual das geringste (3,1 %) Energiearmutsszenario für Österreich dar (ebd., 46–49).

Österreich weist im europäischen Vergleich (auf Basis der Analyse der ECHP-Studien von 1995 bis 1997) ein relativ niedriges Energiearmutsniveau auf und findet sich stets im unteren Viertel im Vergleich der erfassten EU-Länder. Laut Healys Berechnungen ist die Energiearmut in österreichischen Mehrfamilienhäusern (3 % in großen, 2,9 % in kleinen) im Gegensatz zu Einzelwohnhäusern (1,4 %) stärker verbreitet. Geschiedene (2,5 %) und Verwitwete (3,2 %) sind stärker betroffen als Verheiratete (1,4 %). Haushalte, in denen die Befragten angaben, eine tertiäre Ausbildung abgeschlossen zu haben, waren mit 1,7 % weniger von Energiearmut betroffen als Befragte der untersten Ausbildungskategorie (2,2 %). Arbeitslose (9,9 %) weisen in Österreich im Vergleich zu Angestellten (1,7 %), Selbstständigen (1,1 %) oder PensionistInnen (2,2 %) eine wesentlich höhere Energiearmutsrate auf. Mieter (3,5 %) sind eher von Energiearmut betroffen als Personen, die in Eigentum wohnen (1,1 %) (Healy 2004, 53–58). Abschließend empfiehlt Healy für Österreich bezüglich der thermischen Sanierung aktiv zu werden und sieht ebenso Potenzial in Informationskampagnen für energiesparendes Verhalten in österreichischen Haushalten (ebd., 53–58 u. 181).

4. EMPIRISCHER TEIL

Im empirischen Teil dieser Studie werden die Einschätzungen und Erfahrungen von steirischen ExpertInnen zur Thematik und Lage der Energiearmut in der Steiermark analysiert. Es wurden insgesamt acht Interviews mit VertreterInnen aus Nicht-Regierungsorganisationen (Schuldnerberatung Steiermark, Caritas Österreich, Caritas Steiermark), Energieunternehmen (Energie Steiermark und Energie Graz), VertreterInnen öffentlicher Stellen (SeniorInnenbüro der Stadt Graz, Sozialamt Graz) und einer Energieberatungsagentur durchgeführt. Ebenso fließen in dieses Kapitel die Ergebnisse einer Begleitforschungsstudie zur Mobilen Integrationsbetreuung der Caritas Steiermark ein, in welcher der Autor im Rahmen dieser Spectro-Studie mitwirkte. In dieser Fallstudie wurden mit zwei Familien narrative Interviews zur Situation als subsidiär Schutzberechtigte hinsichtlich ihrer sozialen und finanziellen Situation geführt. Der Leitfaden dieser narrativen Interviews beinhaltet einen Schwerpunkt zu Energiearmut. Die Begleitstudie wurde bereits von der Caritas Akademie Steiermark veröffentlich (Glatz & Berger 2011) und deren Inhalte finden sich auch in der folgenden Analyse (siehe 4.2.2.).

4.1. METHODOLOGIE

Die ExpertInneninterviews wurden anhand eines semistrukturierten Interviewleitfadens durchgeführt, anschließend transkribiert und in Atlas.ti (ein Programm zur qualitativen Datenanalyse) einer Codierung unterzogen. Zusätzlich wurden zu einzelnen Interviews Wahrnehmungsprotokolle und inhaltliche Memos verfasst, die ebenso in die Analyse des empirischen Materials einfließen. Die Interviews fanden in den Räumlichkeiten bzw. an den Arbeitsplätzen der interviewten ExptertInnen statt. Die Gesprächssituationen waren in der Regel produktiv und freundlich, in manchen Fällen aber durchaus durch Skepsis geprägt. Diese Skepsis entstand einerseits aufgrund der Unbekanntheit der Thematik oder wegen der politischen Sensibilität des Themas; v. a. die befragten Energieunternehmen hatten ein erhöhtes Bedürfnis an Sicherheit bezüglich der (wissenschaftlichen) Verwertung der Inhalte der Gespräche. Aufgrund negativer Presseberichterstattung hinsichtlich der sozialen Auswirkung von Energiepreisen in der Vergangenheit wurde der Interviewer in den Anfangsphasen der Interviews durchaus als Kritiker wahrgenommen. Diese potenziell ungünstige Interviewkonstellation konnte aber in den betreffenden Fällen rasch aufgehoben werden (vgl. Bogner et al. 2009, 88–89).

Die Analyse der Interviews ergab fünf inhaltliche Schwerpunkte, anhand derer die Interviewaussagen im Folgenden dargestellt und diskutiert werden. Innerhalb der einzelnen thematischen Bereiche finden sich weitere spezifizierende Unterteilungen.

4.2. ANALYSE DER EXPERTINNEN-INTERVIEWS

4.2.1. ENERGIEARMUT ALS BEGRIFF UND PROBLEMFELD

Der Begriff „Energiearmut“ wird in den meisten befragten Institutionen und Organisationen nicht verwendet. Die Problematik von steigenden Energiepreisen und geringen Haushaltseinkommen ist jedoch in allen betrachteten Wahrnehmungskontexten (NGOs, Energieunternehmen und öffentlichen Stellen) vorhanden und Energiearmut findet sich demnach implizit in allen untersuchten Zusammenhängen. Die befragten NGOs und die öffentlichen sozialen Anlaufstellen unterstützen vor allem Personen, die über geringe Haushaltseinkommen verfügen oder sich in Verschuldungssituationen befinden. So haben sich laut einer Leiterin einer Anlaufstelle der Caritas Steiermark, die für diese Studie interviewt wurde, in den Jahren 2008 auf 2009 die finanziellen Mittel, die in die Unterstützungszahlungen von Betriebs- und Energiekosten fließen, verdoppelt. Die Energieunternehmen sind ebenso zunehmend mit Zahlungsschwierigkeiten von KundInnen konfrontiert. Allgemein gilt: Je geringer das Einkommen einer Person bzw. eines Haushaltes ist, desto häufiger sind im Erfahrungskontext der interviewten ExpertInnen auch die Zahlungsrückstände bei Energieunternehmen zu beobachten.

Energieschulden werden von allen InterviewpartnerInnen als problematische und potenziell gefährliche Schulden angesehen. Diese können eine die Existenz gefährdende Dynamik entwickeln, die bis zur Abschaltung der Energiezufuhr führen kann. Auffallend ist in der Beratungsarbeit von NGOs und öffentlichen Stellen, dass Energieschulden gegenüber anderen Schulden oft in den Hintergrund der Aufmerksamkeit der Verschuldeten geraten. Andere Gläubiger der SchuldnerInnen üben einen kurzfristigeren und höheren Druck auf die betroffenen Personen aus, als dies vergleichsweise in den Mahnverfahren von Energieunternehmen üblich ist. Regelmäßig wird ein aggressives Vorgehen zum Beispiel von Versandhäusern beobachtet, die KundInnen mit Zahlungsschwierigkeiten über Inkasso-Büros unter Druck setzen. Energieunternehmen gehen hierbei weit weniger aggressiv vor und verwenden auch keine bedrohliche Sprache in ihren Mahnschreiben. Es ist aus Sicht der NGOs und auch der Energieunternehmen zu beobachten, dass Personen mit Energieschulden mit (teilweise starken) psychosozialen Belastungen konfrontiert sind. So kommt es vor, dass manche Betroffene dem kurzfristigen, aber im Gesamtkontext der Verschuldungssituation weniger relevanten Druck nachgeben und das Begleichen von Energieschulden vernachlässigen. Eine rationale Betrachtung der Relevanz der einzelnen Zahlungsaufforderungen und die mit diesen verbundenen (rechtlichen) Konsequenzen für den betreffenden Haushalt ist in Stresssituationen oftmals nicht mehr gegeben. Zudem werden die finanziellen Verbindlichkeiten der Betroffenen unterschiedlich wahrgenommen und im Kontext persönlicher Beziehungen gewichtet. Je stärker der persönliche Bezug zu den Gläubigern (z. B. zum Bankinstitut) ist, desto stärker auch die persönliche Verpflichtung, diese Schulden zu bedienen.

> Da zahlen sie teilweise keine Miete, keinen Strom, was weiß ich was, aber den Kredit, den sie bei der Bank bekommen haben, den zahlen sie, weil die Bank hat ihnen ja so viel geholfen. Also das ist eher so die ländliche Tendenz. Nicht Graz, sondern das ist eher so in der Steiermark im Umland, wo natürlich die Bank vielleicht auch zentraler ist als hier in Graz. (Caritas Steiermark 049)

Zahlungsschwierigkeiten bei Strom und Wärme nehmen in der Wahrnehmung der interviewten ExpertInnen zu. Die Jahresabrechnungen für Strom und Wärme erhöhen saisonal den Zulauf an Personen, die bei öffentlichen und nicht-staatlichen Wohlfahrtsorganisationen um finanzielle Beihilfen ansuchen. Jene Rückzahlungsbeträge erstrecken sich in der Regel von 100 bis 1000 Euro. Das Sozialamt Graz hilft unter anderem auch Menschen, die noch mit festen Brennstoffen (Holz, Kohle etc.) heizen. Hier gibt es in Graz die sogenannte Brennstoffaktion.

Zahlungsprobleme hinsichtlich der Kosten für Wärme im Wohnraum hängen in der Wahrnehmung der ExpertInnen stark von der Form des Heizens und den Rahmenbedingungen (Isolierung, Baujahr etc.) der Wohnung oder des Hauses ab. Ebenso ist veraltete Weißware ein Problem in armen Haushalten, da sie überdurchschnittlich viel Energie verbraucht. Der finanzielle Spielraum der Betroffenen ist im Sinne investiver Maßnahmen zur Erhöhung der Energieeffizienz in den betroffenen Haushalten nicht oder nur in einem sehr geringen Ausmaß vorhanden. Somit zeigen sich die Kosten für Energie als zunehmender Posten bei den finanziellen Unterstützungsleistungen der öffentlichen und nicht-staatlichen Organisationen.

Energiearmut als theoretisches Konzept ist bis zum Zeitpunkt der Durchführung der Interviews nur innerhalb der Caritas Österreich (der Dachorganisation der Caritas) vorhanden. Zahlungsschwierigkeiten bei Fixkosten werden aber generell als Problematik der allgemeinen Armutsthematik verstanden und dies vor allem unter dem Gesichtspunkt des angemessenen Heizens im Wohnraum. Ebenso erweist sich Energiearmut als Querschnittmaterie von Sozial- und Umweltpolitik. Dies stellt Organisationen und öffentliche Institutionen vor Zuständigkeitsprobleme bzw. vor die Problematik der Verortung im eigenen traditionellen Wirkungskontext. Insbesondere Nicht-Regierungsorganisationen haben sich naturgemäß auf gewisse Themen spezialisiert, um sich als ExpertInnen zu etablieren und in der Öffentlichkeit als solche wahrgenommen zu werden. Für NGOs aus den Bereichen „Soziales“ und „Umwelt“ entsteht somit ein Abgrenzungs- und Glaubwürdigkeitsproblem, wenn Themenfelder mit übergreifender Thematik behandelt werden sollen. Die Bereiche „Energie“, „Umwelt“ und „Soziales“ sind im Kontext der Energiearmut somit in einem Geflecht verbunden, das sich aus traditionell gewachsenen Perspektiven nur schwer entwirren lässt. Dies gilt sowohl für zivilgesellschaftliche Organisationen als auch für öffentliche Institutionen.

Die Folgen von Energiearmut sind vielfältig und führen im schlimmsten Fall zur Abschaltung und zum Leben in Energielosigkeit. Was es heißt, ohne Energie im Alltag den Haushalt zu betreiben bzw. in Wohnungen zu leben, ist für Menschen, die nicht von Energiearmut betroffen sind, nur schwer nachvollziehbar. Energie ist nicht als (Konsum-)Standard zu betrachten, sondern sie ist eine wesentliche Basis privater Haushaltsführung. Nach der Abtrennung vom energetischen Versorgungsnetz entwickeln die Betroffenen individuelle Übergangs- und Kompensierungsstrategien. Es kommt zur Einbindung von bzw. Hilfestellungen durch Nachbarn, Freunde oder Verwandte. Den interviewten ExpertInnen sind Fälle bekannt, in denen gasbetriebene Campingkocher zur Zubereitung von Mahlzeiten im Haushalt verwendet wurden oder Taschenlampen zur Innenbeleuchtung. Im urbanen Bereich ist es möglich, auf Waschsalons zur Kleiderreinigung auszuweichen; in ländlichen Gebieten sind solche Dienstleistungen in der Regel jedoch nicht oder nur eingeschränkt vorhanden. Das soziale Netz mit seinen öffentlichen und nicht-staatlichen Wohlfahrtsorganisationen und Einrichtungen ist in der Stadt wesentlich besser ausgebaut als in ländlichen Gebieten.

4.2.2. Betroffene Haushalte und Personengruppen

Die von Energiearmut betroffenen Personen bzw. Haushalte sind keine homogen einzugrenzende gesellschaftliche Gruppe. Auch die Einschätzungen und Charakterisierungen der Energiearmen durch die interviewten ExpertInnen ergeben kein einheitliches Bild, wobei zu berücksichtigen ist, dass diese durch ihre spezifischen Wirkungskontexte geprägt sind.

Allgemein fehlt es, laut den ExpertInnen, an einschlägigen statistischen Grunddaten über den Zusammenhang von Verschuldungsproblematik und Energie in privaten Haushalten. Dies trifft auch auf die räumliche Verortung der Problematik zu und es bestehen Unterschiede in den urbanen und ländlichen Ausprägungen der Energiearmut. Die ExpertInnen schildern eine Vielzahl an Erfahrungen mit Personen, die durch biografische Brüche und Überforderung im Alltag in prekäre finanzielle Wohn- und Energieverhältnisse geraten; v. a. Personen, die mit dem gesetzlich gesicherten Existenzminimum ihr Auskommen bestreiten müssen, sind durch Energiearmut gefährdet. Die Lebenslagen energiearmer Personen sind zudem von Scham und den damit verbundenen kommunikativen Hemmnissen gegenüber den Energieunternehmen oder öffentlichen Stellen geprägt.

Energieschulden gehen im Kontext der betrachteten energiearmen Bevölkerungsgruppen generell mit schlechten Wohnverhältnissen einher. Personen, die „nur" durch Energiekosten belastet sind, kommen im Beratungskontext der betreffenden interviewten ExpertInnen praktisch nicht vor. Energieschulden werden jedoch oft durch ineffizientes oder falsches Schuldenmanagement vernachlässigt und, wie bereits angedeutet, hinsichtlich ihres negativen Potenzials unterschätzt. Hoch verschuldete Personen müssen aus dem ihnen zur Verfügung stehenden Existenzminimum, das in der Steiermark seit 2011 der bedarfsorientierten Mindestsicherung angepasst ist, ihre Energiekosten bestreiten. Dieses Existenzminimum ist, im Sinne einiger NGOs, jedoch nicht ausreichend hoch angesetzt.

Hohe Nachzahlungen für Wärme und Strom sind für viele einkommensschwache Personen praktisch unbezahlbar und führen in den meisten Fällen zur Inanspruchnahme bzw. zum Ansuchen um externe private oder öffentliche Hilfsleistungen. Betroffene wenden sich in der Regel erst an jene Stellen, wenn die Situation schon kritisch ist und eine eventuelle Abschaltung im Raum steht – dieses Verhalten triff nach Einschätzung der interviewten SozialarbeiterInnen der Stadt auf 90 % der Betroffenen zu. Ebenso existiert in der Regel keine präventive Zusammenarbeit mit den Energieunternehmen.

> Das wäre nur bei ganz besonderen Geschichten, dass die Energie Graz sich bei uns meldet und sagt, wir haben da jemanden. In der Regel melden sich die Leute bei uns. Wenn du lang in einem Bezirk warst und Leute kennst und weißt, dass das ein Problem werden kann, dann hast natürlich auch unterm Jahr Kontakt und dann versuchst du das vorher schon abzuklären. Wie sieht das bei Ihnen mit dem Strom aus, wie weit haben Sie gezahlt, wie schaut es aus, was glauben Sie von der Einschätzung her selber, wie Sie durchkommen werden? Das sind die Leute, die du kennst, wo du laufend in der Betreuung drinnen bist. (Sozialamt Graz 227)

Oft sind es biografische Brüche, wie eine längere Phase der Arbeitslosigkeit, die in die Verschuldung und somit in die Energiearmut führen. Laut Erfahrung der Energie Steiermark sind es persönliche Probleme wie Trennungen, Krankheiten, Todesfälle oder Burnout, die eine Person in Zahlungsverzug kommen lassen. Bemerkbar macht sich bei einkommensschwachen Familien auch der Schulbeginn, der kurzfristig erhöhte Ausgaben für Bücher und anderes Schulmaterial bedingt. Ebenso gibt es, laut der Energieunternehmen, eine kleine Gruppe an Betroffenen, die über ihre Verhältnisse lebt. Kurzarbeitsmaßnahmen in der Großindustrie machten sich hinsichtlich Zahlungsschwierigkeiten während der Wirtschaftskrise auch bemerkbar.

> [M]onatliche Zahlungen in gleichbleibender Höhe können sich sehr viele Kunden sehr wohl irgendwie leisten, das kann man ganz gut planen, wenn aber dann aus irgendwelchen Gründen ein verändertes Verbrauchsverhalten, neue Geräte oder defekte Geräte oder irgendwas ist, dann einmal im Jahr die Rechnung außergewöhnlich hoch ist, dann haben wir die Erfahrung so, da ist der finanzielle Kollaps da und

> das kann so der Beginn einer dramatischen Entwicklung sein. Wo man sagt, der Kunde hat eigentlich immer fristgerecht und vertragskonform seine Monatsteilzahlungen geleistet und dann aus irgendeinem Grund heraus kommt es zu einer höheren Abrechnung, die macht dann das Drei-, Vierfache eines Monatsteilzahlungsbetrages aus. Das hat der Kunde nicht und dann fängt die Spirale an sich zu drehen. Dann kommen Mahngebühren dazu usw. Das ist uns natürlich auch bewusst und da überlegen wir auch, was wir dazu beitragen können, dass man dort in irgendeiner Art und Weise dieses Falle-auf-Spiel sozusagen unterbinden kann. Aber das sind natürlich Dinge, die wahrscheinlich kurzfristig so nicht sofort umsetzbar sind, das ist eher so in unserer mittelfristigen Planung. (Energie Steiermark 029)

Betroffene soziale Gruppen

Die soziodemografische Zuordnung der betroffenen Personengruppen ist in den Aussagen der interviewten ExpertInnen nicht einheitlich. Die unterschiedlichen Arbeitskontexte und Erfahrungen mit der spezifischen Klientel führen zu abweichenden Einschätzungen.

Seitens der Energie Graz lässt sich die Verortung der Gebiete mit Zahlungsschwierigkeiten bei privaten EndkundInnen für den Raum Graz sehr spezifisch und kleinräumig durchführen. Die sogenannten Problemgebiete sind auf einzelne Wohngegenden oder Straßenzüge eingrenzbar, werden aber vom Interviewpartner nicht weiter benannt. Diese Siedlungen finden sich auf beiden Grazer Stadtseiten[4] und somit in allen Bezirken. Überraschend ist die Problematik der Studierenden-Wohnungen bzw. Wohngemeinschaften. Hier kommt es zu einem erhöhten Bedarf an Genauigkeit und Datenpflege der EndverbraucherInnen, um die Abrechnungen und Nachzahlungsforderungen zeitnahe erstellen zu können. Die von Energiearmut Betroffenen entsprechen, so die VertreterInnen der befragten Energieunternehmen, ebenso den klassischen armutsgefährdeten Gruppen (SeniorInnen, Einelternhaushalte, MigrantInnen, Arbeitslose) und diese sind in Wohnblöcken mit Sozialwohnungen überdurchschnittlich häufig anzutreffen. Auf dem Land gibt es zwischen den EinwohnerInnen weniger Anonymität und dies führt auch dazu, dass Scham als blockierendes Element verstärkend hinzukommt, wenn externe Hilfe- oder Beratungsstellungen in Anspruch genommen werden. Das folgende Zitat verdeutlicht die (nach eigenen Angaben differenzierte und gut dokumentierte) Perspektive und Wahrnehmung der Energieunternehmen gegenüber Personen mit Zahlungsschwierigkeiten:

> Das ist eine sehr bedauerliche Geschichte und eigentlich sehr klar festzumachen aus meiner Erfahrung […]. Zum überwiegenden Teil alleinstehende Frauen, alleinerziehende Mütter, also geschlechtsspezifisch sage ich mal aufgesplittert würde ich sagen, das sind 70 % Frauen. Davon ein hoher Anteil Alleinerzieherinnen, […] natürlich auch Leute ohne Beschäftigung, hat man natürlich jetzt in diesen Zeiten der viel besprochenen Krise auch wieder gemerkt. D. h., wenn wir sehen, dass Großkonzerne plötzlich Kurzarbeit usw. machen und dann mit Betroffenen redet, die um Unterstützung anfragen […]. Das ist halt scheinbar, also die Erfahrung, die ich gemacht habe, war letztlich die, dass es schon die meisten Leute schaffen, ihr Leben so zu organisieren, dass sich das halt irgendwie ausgeht. Und dass meistens dann spezielle Anlassfälle kommen, warum das plötzlich aus dem Lot gerät. (Energie Steiermark 057)

[4] In Graz ist die alltagssprachliche Unterscheidung zwischen „rechtem“ und „linkem“ Murufer gebräuchlich. Es handelt sich hierbei um eine in der Wahrnehmung traditionell gewachsene Teilung von Graz in einen bürgerlich, wohlhabenderen (linkes Ufer) und einen ärmeren, sozial problematischeren Stadtteil (rechtes Ufer). Die Mur trennt hier geografisch und auch verwaltungstechnisch die entsprechenden Bezirke bzw. Stadtteile.

Alleinerzieherinnen, Mehrkindfamilien, MigrantInnen, SeniorInnen und *Working Poor* sind in der Wahrnehmung der interviewten sozialen Wohlfahrtsorganisationen als durch Energiearmut Gefährdete zu nennen. Energiearmut kommt immer im Kontext von Armut vor und wird als eine Folgeerscheinung dieser angesehen. So ist eine Zeitspanne von einem Monat ohne Strom oder Heizung keine Seltenheit im Arbeitstag der NGOs oder des Grazer Sozialamtes. Erst ab drei Monaten wird die Situation im Sinne der Erfahrungen der ExpertInnen ungewöhnlich. Eine Überkonsumation von Haushaltsenergie, die bei manchen wohlhabenden Haushalten festzustellen ist, wird seitens der ExpertInnen im diskutierten Rahmen nicht als Energiearmut verstanden und fällt nicht in den Wirkungskontext der befragten ExpertInnen.

In der Beobachtung der privaten und öffentlichen sozialen Anlaufstellen hat sich das Mahnwesen der Energieunternehmen in den letzten Jahren merklich beschleunigt. Die Energieunternehmen scheinen ein größeres Bewusstsein für die Problematik akkumulierter Zahlungsrückstände zu haben und reagieren bei Zahlungsverzug früher, als dies noch vor wenigen Jahren der Fall war. Rückzahlungsaufforderungen in der Höhe von vierstelligen Eurobeträgen kommen noch vor, aber die Wahrscheinlichkeit für eine solche Schuldenanhäufung hat sich verringert. Trotzdem stehen die EndkundInnen in einem starken Abhängigkeitsverhältnis zu den Energieversorgern, da Energie ein Grundbestandteil des Alltages ist. Eine Abschaltung verhindert zwar weitere Verschuldung, bedeutet aber gleichzeitig ein Leben in Energielosigkeit.

SeniorInnen

In der öffentlichen Grazer SeniorInnenbetreuung ist Energiearmut als Thema unbekannt. SeniorInnen sind in der Regel sehr gut versorgt und alternative Wohnformen bzw. Betreuungsformen sind in dieser Altersgruppe die Regel. Diese betreuten Wohnformen sind auch im Sinne der Energiearmut ein Schutz gegen das Manko an Strom und Wärme. Der Zugang zu SeniorInnen mit mangelnder sozialer Teilhabe, die in erster Linie durch Energiearmut gefährdet sind, ist extrem schwierig. Scham aufgrund der eigenen Situation und Vereinsamung sind Folge und Hemmnis zugleich. Ebenso verfügen die Betroffenen nur mangelhaft über Informationen hinsichtlich öffentlicher und privater Hilfeleistung. Das folgende Zitat verdeutlicht die Problematik:

> […] also bei der älteren Generation, da merkt man dann, die suchen sich auch nicht so schnell Unterstützung. Aber die [Frau] ist über ein Jahr [energiearm] gewesen. Sie war auch sehr einfach strukturiert […], aber sie hat es halt nicht zahlen können, was soll sie machen. Also sie kann es nicht zahlen, sie hat nicht das Recht, das zu beziehen, weil sie es nicht zahlen kann […] Sie hat so einen Ofen drin gehabt, dass es nicht ganz so kalt ist. Aber ebenso mit der Kerze Tee kochen, das war irgendwie so bezeichnend. (Caritas Steiermark 257, 276)

Das Alter einer Person an sich ist bezüglich einer Energiearmutsgefährdung nicht ausschlaggebend. Es sind vielmehr Faktoren wie die Eingliederung in ein soziales Netzwerk (Familie, Gemeinde, Pfarre etc.) oder die generellen finanziellen Rahmenbedingungen, die die Vulnerabilität hinsichtlich Energiearmut beeinflussen.

> Also wenn ich das für mich so überlege, wenn man älter ist, ist man wirklich von dieser Unterversorgung im Sinne von Wärme und Strom eher gefährdet, wenn man eine niedrige Pension hat und allein, privat lebt, ohne irgendwie Zugang zu einem Netz oder einer Betreuung zu haben. Da ist man am höchsten gefährdet

> eigentlich, wenn man sozusagen alles allein macht und nicht irgendwie Kontakt hat zu einer Betreuungsorganisation oder eh schon in so einem halb institutionalisierten oder voll institutionalisierten Verhältnis lebt. (SeniorInnen Büro 156)

Personen mit Migrationshintergrund

Für die zwei interviewten subsidiär schutzberechtigten Familien (im Rahmen der eingangs erwähnten Caritas-Begleitforschungsstudie) stellt der Mangel an Information über den tatsächlichen Energieverbrauch im Gegensatz zu den monatlich zu entrichtenden Zahlungen an die Energieunternehmen ein wesentliches Problem dar. Bei einer der interviewten Familien (Familie B) kam es in der vergangenen Abrechnungsperiode zu einer Nachzahlungsaufforderung im Ausmaß von 977 Euro. Diese extrem hohe Nachzahlung belastet die Familienerhalterin zusätzlich in psychischer sowie in finanzieller Hinsicht, da zur Abgeltung des ausstehenden Betrages Ratenzahlungen mit dem Energieunternehmen vereinbart wurden. Dies ergibt für die Betreffende einen zu entrichtenden Betrag von 270 Euro monatlich für Strom und die Rückzahlung des ausstehenden Betrages (wobei die Ratentilgung 170 Euro ausmacht). Eine Anfrage für eine Energieberatung an das betreffende Energieunternehmen blieb leider unbeantwortet, was zur Verunsicherung der befragten Person weiters beitrug. In beiden Haushalten liegen die Energiekosten weit über 10 % des Gesamtbudgets. Familie B sieht sich mit Energieschulden von insgesamt 1189 Euro konfrontiert (eine Nachzahlungsaufforderung über 212 Euro für Heizenergie kam ebenfalls noch hinzu), was angesichts ihrer sozioökonomischen Gesamtlage als unfinanzierbar erscheint.

Die Sorge über eine mögliche Nachzahlung für Strom bereitet auch Familie A Sorgen, da im weiteren Bekanntenkreis Stromnachzahlungen als Problem thematisiert werden. Beide befragten Familien zeigen ein klares Interesse an einer energieeffizienteren Haushaltsführung, verfügen aber nicht über das nötige Wissen bzw. finanziellen Möglichkeiten, in die Verbesserung der energetischen Gesamtsituation zu investieren. Die Befragte B möchte gerne effizientere Haushaltsgeräte, sieht aber keine Möglichkeit zu deren Anschaffung. Beide Familien beobachten Schwankungen in der Leistung ihrer Wohnraumbeheizung, sind aber zum Beispiel im Falle von Familie A über den Typ ihrer Heizung nicht informiert. Familie A verwendet Energiesparlampen und dichtet zum Beispiel die Eingangstüre der Wohnung behelfsmäßig mit einem Handtuch ab; zugleich wird aber nur der Raum des querschnittgelähmten Ehemannes beheizt, was im gesamtenergetischen Sinne der Wohnung von Nachteil ist. Es besteht also in beiden Haushalten ein Bewusstsein über die Thematik des Energieverbrauchs und der Wunsch nach Kosteneinsparungen, jedoch ist das Grundlagenwissen über Energie im Haushalt als eher fragmentarisch einzustufen.

Die Stresssituationen, die sich durch Energiearmut (im Kontext der gesamten finanziell problematischen Situation beider Familien) ergeben können, werden anhand der beiden untersuchten Familien ersichtlich. Zum Abschluss verdeutlicht dies Interviewpartnerin B bzgl. ihres Wunsches nach einer für die Familie finanzierbaren Energiesituation bzw. der Wohnsituation im weiteren Sinne:

> B: Dass kann ich für Wohnung und für Strom so für alles das ohne Angst, ohne Sorgen zahlen. Sonst so viel Geld brauch ich nicht, weil ich kann eh arbeiten und so verdienen. Aber ich habe ein bisschen, bis zu fange ich an zu arbeiten, dass hab ich ein bisschen Hilfe bekomme. Ein bisschen eine Woche oder zwei Wochen Urlaub haben, dass kann ich ohne Stress zum Beispiel ohne denken, wenn ich bleibe zwei Wochen zu

> Hause, dann hab ich kein Geld, dann kann ich nicht für Wohnung zahlen. Dann ist Katastrophe, dann ist Stress, na dann besser.

Resümierend zeigt sich Energiearmut für beide Haushalte als wesentliche Belastung im Alltag, die in die generell schwierige finanzielle und rechtliche Situation der beiden Familien eingebettet ist. Ebenso empfinden beide Familien das Temperaturniveau in ihren Räumlichkeiten als nicht ausreichend; dies ist v. a. für Familie A problematisch, da der querschnittgelähmte Mann – bedingt durch seinen niedrigeren Stoffwechsel – eine höhere Zimmertemperatur benötigt. Beide Familien weisen einen hohen Energiebedarf auf und befinden sich finanziell und auch auf der Ebene des Handlungswissens nicht in der Lage die Verschuldungs- bzw. Belastungsdynamik ohne externe Hilfe und Unterstützung zu durchbrechen.

Geografische Verortung

Wie der folgende Unterpunkt zeigen wird, sind die geografischen Verortungen der energiearmen Bevölkerungsgruppen seitens der ExpertInnen in Graz und der Steiermark nicht konsistent. Einige der interviewten Personen verweigerten bewusst eine geografische Eingrenzung der Problematik aufgrund fehlender Daten oder der Befürchtung, Klischees über bestimmte Grazer Stadtteile oder steirische Bezirke zu reproduzieren.

Laut Sozialamt Graz sind vor allem die Grazer Bezirke Eggenberg, Gösting, Lend, Gries und Jakomini im Sinnen einer Häufung von potenziell Energiearmen zu nennen, wobei es auch in anderen Bezirken Schwerpunktbereiche gibt. PensionistInnen und Studierende haben keinen Anspruch auf Sozialhilfe und sind somit nicht im Betreuungsfokus des Sozialamtes Graz. Die SozialarbeiterInnen haben in ihrer Betreuungsarbeit auch festgestellt, dass alte Stromrückstände bei einem Neubezug einer Wohnung zum Problem werden können. So ist es vereinzelt vorgekommen, dass aufgrund von Zahlungsrückständen bei der Heizung in weiterer Folge der Strom abgeschaltet wurde. Eine solche Situation ist jedoch nur möglich, wenn es sich um denselben Anbieter für Strom und Wärme handelt.

Laut Schuldnerberatung Steiermark findet sich die Problematik der Energieschulden im gesamten Stadtgebiet von Graz und ist auf keine konkreten Stadtbereiche einzuschränken. Die Energie Steiermark hat einen differenzierten Überblick über die steirischen Regionen mit erhöhten Zahlungsproblemen bei privaten EndkundInnen. Generell sind urbane Regionen (allen voran Graz und Leoben) am stärksten betroffen. Problematisch ist die Zahlungssituation in den Regionen Aichfeld und Murboden (Knittelfeld, Zeltweg, Fohnsdorf) und ebenso in der Mur-Mürz-Furche. Die Oststeiermark und das Ennstal sind hingegen unauffällig und die Weststeiermark liegt ebenso in diesem Bereich.

Vor allem im inneren Bereich von Graz sind laut Energie Graz Zahlungsschwierigkeiten zu beobachten. Ein weiteres Problem sind Zahlungsausfälle nach Verzug, also wenn Menschen die Wohnung wechseln und keine Informationen über eine Nachfolgeadresse hinterlassen. Trotz gesetzlichem Meldewesen sind Personen, die noch Energierechnungen zu begleichen haben, teilweise nur schwer oder gar nicht aufzufinden.

4.2.3. HANDLUNGSFÄHIGKEIT UND (ENERGIE-)SCHULDEN

In fortgeschrittenen Verschuldungssituationen haben die Betroffenen oft wenig oder keinen direkten Einfluss auf die zu tätigenden Zahlungen, da schlussendlich das Geldinstitut entscheidet, ob eine Abbuchung oder Zahlung noch vorgenommen werden kann. Und so kann es passieren, dass die Miete noch bestritten, der Abbuchungsauftrag des Energieunternehmens jedoch storniert wird. Die finanzielle Handlungsfähigkeit der Betroffenen ist in dieser Phase sehr eingeschränkt oder bereits verloren gegangen. Hier entwickelt sich eine finanzielle Schuldendynamik, die sich nicht mehr aus bloßem individuellen Fehlverhalten herleiten lässt. Die Handlungsfähigkeit bzw. präventives Verhalten würde sich bei potenziell energiearmen Personen erhöhen, wenn die Abrechnungsmodalitäten für Strom und Wärme für die EndverbraucherInnen besser nachvollziehbar wären[5]. Die entscheidende Größe für die EndverbraucherInnen zur Kalkulation der Haushaltsenergie ist das Geld und keine physikalische Einheit. Die zwölfmonatige Abrechungsmethodik sollte ebenso überdacht werden. Energieschulden sind in der Regel immer in Verbindung mit Mietrückständen, ausständigen Versandhauszahlungen, Kreditraten und anderen finanziellen Belastungen und Rückständen verbunden.

> Wenn einer nur das Stromproblem hat, wird er sich schon drum kümmern, aber wenn man 10 verschiedene Probleme hat, kann man nicht alle 10 angehen und man kann das auch nicht abschätzen, was das wichtigste ist und was nicht. (Schuldnerberatung 164)

Von Energiearmut Betroffene haben zum Teil sehr geringe Tagessätze zur Verfügung und müssen sich in dieser Stresssituation aus finanzieller Sicht zwischen den elementaren Grundbedürfnissen (Ernährung, Betriebskosten, Mobilität, Miete, Kleidung, Hygiene etc.) des alltäglichen Lebens entscheiden.

> [...] die meisten leben von Monat zu Monat. Ich glaube, der vorrangige Grund ist, dass der Druck, der auf den Menschen ausgeübt wird, vom Stromanbieter ein anderer ist wie von Versandhausschulden, oder wo es einfach wirklich dann ganz schnell an Inkassobüros geht mit Drohbriefen und so. Das ist ein anderer Druck und deswegen werden vielleicht solche Ratenzahlungen eher bedient oder vorher bedient, bevor eine Stromzahlung gemacht wird. (Caritas Steiermark 057)

Viele Energiearme schätzen ihre monatliche Energievorschreibung zu niedrig ein und kommen in der Folge durch Jahresabrechnung und einer damit verbundenen Nachzahlungsaufforderung in finanzielle Bedrängnis. Ebenso sind viele Personen mit den Grundlagen des individuellen Wirtschaftens mit Geld nur ungenügend vertraut. So sind die rechtlichen Auswirkungen von Schulden und die Konsequenzen für das weitere Leben nicht bewusst.

> Also wenn ich mir das dritte Handy z. B. anmelde und die kommen dann drauf, dass man Schulden hat, die [Gläubiger] können dann gewisse Dinge machen, das ist [rechtlich] alles gedeckt. Darüber haben ganz viele Menschen nicht die geringste Ahnung, manchmal ist das erstaunlich. Ich glaube, das ist egal, ob das jetzt um Energie oder um andere Dinge geht. Man muss sich dessen bewusst sein, was Rechtsgeschäfte sind. Also da glaube ich, fehlt manchen wirklich so ein Grundwissen. Ich bin überzeugt, dass es da wirklich einen

[5] Zukünftige Smart-Metering-Ansätze (intelligente Stromzähler, die den Echtzeitverbrauch anzeigen können) sollten in der Lage sein, den aktuellen Energieverbrauch nicht nur in Kilowattstunden, sondern auch direkt in Euro anzugeben. Diverse Versionen dieser Technologie befinden sich zurzeit in Österreich in der Testphase und sollen in den kommenden zehn Jahren zum Standard ausgeweitet werden.

> ganz großen Bedarf an Verbesserung gäbe. Das ist meine ganz persönliche Erfahrung. Da denke ich mir immer, das sollte man auch schon in der Schule lernen. (Sozialamt Graz 265)

Ebenso fehlt es in der Erfahrung der Grazer SozialarbeiterInnen an zusammenhängendem Wissen zu Konzepten wie Leasing, Kreditvergabe und deren potenziellen negativen Rechtsfolgen. Weiters stellt die Sprache von Verträgen und juristischen Schreiben in manchen Fällen ein Problem hinsichtlich der Sinnerfassung dar.

Energieberatungen

Energieberatungen werden zurzeit als zukunftsfähiges und sinnvolles Mittel anerkannt, um finanzschwache Haushalte bei ihrem Wirtschaften mit Energie im Haushalt zu unterstützen und nachhaltige positive Verhaltensänderungen zu erreichen. Das Instrument der Energieberatung wurde ursprünglich nicht für armutsgefährdete Haushalte konzipiert, sondern war ein Instrument mit Fokus auf die wohlhabendere, in Eigentum wohnende Mittelschicht. Personen, die diese Dienstleistung in Anspruch nehmen, sind ErrichterInnen von Eigenheimen, Wohnungsbaugesellschaften oder Menschen, die sich wegen Förderungen zu Fotovoltaik oder Biomasse beraten lassen. Es handelt sich hierbei immer um besitzende oder kapitalstarke Personen oder Organisationen, da Förderprogramme in der Regel nur einen gewissen Prozentsatz der Gesamtinvestition abdecken; somit ist Eigenkapital notwendig.

Es lassen sich auf Bundesländerebene unterschiedliche sozialpolitische Kulturen erkennen, die sich auch in den unterschiedlichen Erfolgsquoten hinsichtlich der Ergebnisse der Energieberatungen bei Energiearmen auszeichnen. In manchen Bundesländern sind die Energieberatungsagenturen mit der Klientel von armutsgefährdeten Haushalten weniger vertraut und dies schlägt sich auf die Annahme dieses Services nieder. So werden Terminvereinbarungen nicht wahrgenommen oder organisatorische Abläufe lassen sich nicht in der gewohnten Form durchführen. Die Betroffenen kommen aus einer finanziellen Notlage auf soziale Wohlfahrtsorganisationen zu und nicht aus dem Bestreben, ihre Energieeffizienz im Haushalt zu erhöhen. Ihr Bedürfnis ist kurzfristig und v. a. finanzieller Natur.

Energieberatungen sind ein sinnvolles Mittel zur Erhöhung der Energieeffizienz im Haushalt, aber bei nur einmaliger Durchführung nicht von langfristiger Dauer. Für eine nachhaltige Verbesserung der Energiesituation armutsgefährdeter Personen und Haushalte bedarf es, laut einer Expertin, struktureller Umverteilungsmaßnahmen, um energiearme Haushalte nachhaltig zu entlasten und aus ihrer Situation zu befreien. Weiters stehen jene Personengruppen in einem Abhängigkeitsverhältnis gegenüber Firmen, die Wartungsarbeiten an der Heizanlage oder anderen Gerätschaften durchführen. Reparaturkosten stellen neben den Fixkosten für Raumwärme und Elektrizität eine weitere wesentliche Belastung dar.

Im Rahmen einer Energieberatung wird die Stromrechnung auch auf Plausibilität gesichtet und mit der Infrastruktur der Wohnung in Verbindung gebracht. In manchen Fällen ist zum Beispiel der Zähler falsch angeschlossen oder es kommt vereinzelt vor, dass ein Zimmer eines Nachbarhaushaltes fälschlicherweise in den Stromkreis der beratenen Person integriert ist. Die tatsächlichen Auswirkungen von Energiearmut gestalten sich im Alltag der betroffenen Personen sehr unterschiedlich und dies schlägt sich auch auf die Durchführung der Energieberatungen in diesem Kontext nieder. Es handelt sich in der Regel um eine Kombination aus individuellen und strukturellen Problemlagen. Die Handlungsoptionen bei Baumängeln und

einer damit in manchen Fällen einhergehenden Schimmelbelastung sind bei energiearmen Personen, die in der Regel in Mietverhältnissen stehen, sehr eingeschränkt. Die Beratungen sind individuell sehr unterschiedlich und gestalten sich in ihren Wirkungszusammenhängen komplex.

4.2.4. *Die Rolle der Energieunternehmen*

Energieunternehmen kommt in der Energiearmutsdiskussion eine besondere Rolle zu, da sie als Energielieferant und Rechnungsleger ein mächtiger Akteur aus Perspektive der energiearmen Personen und auch der sozialen Wohlfahrtsorganisationen sind. Dieser thematische Schwerpunkt versucht, den Wirkungsbereich und die Perspektiven von bzw. auf die Energieversorger darzustellen.

Die Höhe der Vorschreibung der Monatsabrechnungen für Wärme und Strom eines Haushaltes wird in erster Linie von der Größe der Wohnraumfläche bestimmt. Die Größe der Familie und ihre (eventuell speziellen) Bedürfnisse sind für diese Bestimmung nicht ausschlaggebend. Nachzahlungen nach der zwölfmonatigen Zahlungsperiode sind, so die Energieversoger, auf Preisschwankungen bei den Energiepreisen und speziell bei der Heizung auf die durchschnittliche jahreszeitliche Ausprägung der Heizperiode zurückzuführen. Die interviewten NGOs würden es hingegen befürworten, wenn sich die Energieunternehmen bei der Einstufung der monatlichen Vorschreibungen für Strom und Wärme auch an anderen Faktoren als der Größe der Wohnfläche orientieren würden. Wichtig wären zum Beispiel Faktoren wie die Größe der Familie oder ein erhöhter Energiebedarf aufgrund eines Pflegefalles. Problematisch ist in weiterer Hinsicht die hemmende Wirkung von Scham bei Betroffenen, die sich bei finanziellen Problemlagen nicht an die Kundenkontaktstellen der Energieunternehmen wenden und somit ihre Lage durch zeitliche Verzögerungen verschlimmern.

Aus der Perspektive der Energie Graz ist das Ausmaß an Personen mit Zahlungsschwierigkeiten bei privaten EndkundInnen auf einem gleichbleibenden Niveau. Die Energie Steiermark nimmt jedoch eine steigende Tendenz an KundInnen wahr, die mit dem Begleichen ihrer Energierechnungen ein Problem haben. Die globale Finanzkrise und ihre Auswirkungen für die Realwirtschaft haben sich auch bei den KonsumentInnen der interviewten Energieunternehmen bemerkbar gemacht. So hat sich das betriebliche Kriseninstrument der Kurzarbeit auch auf die Anzahl der Personen mit Zahlungsschwierigkeiten ausgewirkt.

Die Energie Steiermark hat in den letzten fünf Jahren ihr internes Mahnwesen überarbeitet und betreibt das Inkassowesen ebenso im eigenen Haus. Die Abfolge der Mahnungen bei betroffenen KundInnen dauert insgesamt vier Monate. Die erste Phase beinhaltet drei schriftliche Mahnungen, gefolgt von einem Anruf durch eine MitarbeiterIn des konzerninternen Callcenters und schließlich (wenn alle Versuche der Kontaktaufnahme ohne Erfolg sind) das Aufsuchen durch MitarbeiterInnen des Energieversorgers. Dies erhöht, so Energie Steiermark, die Sozialverträglichkeit der Maßnahmen gegenüber jenen Fällen, die im Kontext dieser Studie als energiearm bezeichnet werden. Überhöhte Gebühren, wie sie bei externen Inkassobüros entstehen, werden somit vermieden. Eine strukturelle bzw. intensivere Zusammenarbeit mit den staatlichen und nicht-staatlichen sozialen Wohlfahrtsorganisationen ist aus Sicht der Energie Steiermark wünschenswert, aber noch nicht vorhanden. Die Energie Steiermark

versucht, in ihrem Selbstverständnis, bei einer dementsprechend offenen und ehrlichen Darstellung der Problemlagen seitens der betroffenen KundInnen kulante Lösungen zu finden. Ein kleiner, aber dennoch nicht außer Acht zu lassender Teil der sogenannten „Problemfälle“ sind KundInnen, die Kulanzlösungen seitens des Unternehmens missbrauchen und dagegen müssen sich die Energieunternehmen, so die befragten ExpertInnen, aus ihrer Perspektive schützen.

Die Strommarktliberalisierung hat bei der Energie Graz im Jahr 2006 Einzug gehalten und die Netzgesellschaft wurde aus dem Unternehmen ausgegliedert. Dies führt hinsichtlich der Zahlungsrückstände dazu, dass die Energie Graz gegenüber dem nun separaten und eigenständigen Unternehmen säumig wird, wenn KundInnen ihre Stromrechnungen nicht bezahlen. Die bürokratischen Anforderungen sind größer geworden und die zeitlichen Bearbeitungswege waren innerhalb eines großen Konzerns kürzer. Diese strukturellen Veränderungen erhöhen aufgrund der finanziellen Verbindlichkeiten zwischen den unterschiedlichen Betrieben den Druck auf zahlungssäumige EndkundInnen. Die Liberalisierung des Strommarktes hat auch die Arbeitskultur der Energieunternehmen beeinflusst. Das Produkt „Energie“ wird verstärkt als Dienstleistung wahrgenommen und im Sprachgebrauch wurden aus den vormaligen „AbnehmerInnen“ in weiterer Folge „KundInnen“. Das Produkt „Strom“ ist ebenso aufgrund seiner „Beschaffenheit“ für mache KundInnen hinsichtlich Verbrauch und Kosten schwer einzuschätzen.

> [S]eit dem Zeitpunkt der Strommarktliberalisierung hat sich bei uns ja hausintern das Wording geändert, wir sprechen ja jetzt auch schon von unseren Produkten. Strom, Gas, Fernwärme und was wir alles anbieten. Da sieht man natürlich schon die Entwicklung dahingehend marktwirtschaftlich sozusagen, das so festzumachen, dass wir sagen, […] wir liefern das Produkt, also bitte auch zahlen. Wir sind ja in einer Geschäftsbeziehung mit unseren Kunden, wir haben ja rechtsgültige Verträge vorliegen und wie bei allen Verträgen mit gegenseitigen Pflichten. Eine dieser Pflichten ist halt auch die Zahlung des gelieferten Produkts und da haben wir die Problematik, dass das Produkt Strom beispielsweise relativ schwer greifbar ist. Wir sprechen immer im Spaß, das Plastiksackerl Strom zu kaufen gibt’s halt nicht. Also das ist bei leitungsgebundenen Energieträgern so […] und das mag dort oder da der Auslöser sein, warum manche Leute auch in Krisen rutschen, es herrscht halt zum Teil immer noch so diese altbekannte Meinung, der Strom kommt eh aus der Steckdose. (Energie Steiermark 025)

Abschaltung

Von privaten und öffentlichen Wohlfahrtsorganisationen wird die Möglichkeit der Abschaltung zum Teil als Druckmittel gegen energiearme Haushalte mit finanziellen Problemen wahrgenommen. Viele Betroffene werden erst aufgrund einer unmittelbar bevorstehenden Abschaltung durch das Energieunternehmen aktiv. Erst wenn die Energielosigkeit im Haushalt manifest ist, wird Kontakt mit dem Energieunternehmen aufgenommen. Für die Betroffenen ist eine Abschaltung von Strom oder Heizung eine folgenschwere Konsequenz. Die Zahlungsunfähigkeit von KundInnen ist für Energieunternehmen ein schwerwiegendes Problem und somit ist es auch im Interesse der Energieversorger, die Energiearmut nachhaltig zu bekämpfen. Die Abschaltung von EndverbraucherInnen (also Trennung der Betroffenen von der Energieversorgung) ist mit erheblichem Verwaltungsaufwand verbunden, eine medial negativ besetzte und im Endeffekt auch unwirtschaftliche Maßnahme, da sich das Unternehmen die Möglichkeit nimmt, an jene Menschen ihr Produkt weiterhin zu verkaufen.

> Die Abschaltung als solches sehen wir eigentlich als sozial unverträglich und letztlich [...] entspricht es ja nicht unserem Unternehmensauftrag. Wir wollen ja Energie liefern und Energie verkaufen, und wenn wir selbst abschalten, können wir das nicht mehr. D. h., die Abschaltung ist faktisch das letzte Mittel, da muss aber der Kunde absolut unkooperativ sein, da muss der Kunde schon sehr, sehr wenig Verständnis haben auch für seine eigene Situation. Wir sind eh erfreut, dass wir das sehr zurückdrängen konnten. [D]as hat es noch vor einem Jahrzehnt sehr häufig gegeben, weil man gesagt hat, naja, das ist eigentlich ja ein hervorragendes Druckmittel. Das hat auch gestimmt, wenn man die Trennung vom Verteilernetz vorgenommen hat, natürlich hat man gesehen, dass die Leute dann gezahlt haben. Aber das wollen wir eigentlich nicht, so wollen wir eigentlich in der Öffentlichkeit auch nicht wahrgenommen werden, dass wir als Drüberfahrer dastehen. (Energie Steiermark 077 und 088)

Ebenso wird auch das Abschaltungsproblem aufseiten der NGOs nicht einseitig begriffen. Es existiert das Bewusstsein, dass Abschaltungen von den Energieunternehmen nicht leichtfertig oder willkürlich vorgenommen werden.

> Genau, also sie machen es nicht gerne und auch nicht, weil sie irgendwie würfeln in der Früh, wer heute dran kommt oder so, sondern sie haben ihre Richtlinien und für uns ist es natürlich auch nicht klasse. Also eigentlich arbeiten wir fast am selben Ende. (Caritas Steiermark 335)

Laut Energie Graz ist das Verhältnis jener KundInnen, die aufgrund von Zahlungsrückständen vom Netz genommen werden, im Vergleich zur GesamtkundInnenzahl unter einem Prozent. Die Abschaltungen selbst werden von speziellen MitarbeiterInnen durchgeführt. Die Energie Graz schätzt die absolute Anzahl von Abschaltungen an aktiven Anlagen (also KundInnen, die nicht bezahlen und vom Netz genommen werden) im Jahr auf mehrere Hundert ein. Ein aktives Zugehen auf KundInnen mit Zahlungsproblemen gibt es, so Energie Graz, jedoch nicht.

Prepayment-Zähler

Wenn EndkundInnen in Zahlungsverzug kommen und der Betrag zu groß ist, um auf einmal durch die betroffene Person beglichen werden zu können, kann es zur Installation eines Prepayment-Zählers kommen. Dieser erlaubt die Konsumation von Strom per direkter Bezahlung durch das Aufladen einer Chipkarte. Der Prepayment-Zähler hat bei der Energie Graz in den letzten Jahren eine Steigerung hinsichtlich seiner Anwendung erlebt. Bei circa 120.000 Anlagen in Graz hat die Energie Graz etwa 200 Prepayment-Zähler im Netz installiert. Wenn die Zahlungsrückstände per Ratenzahlungen beglichen sind, kommt es vor, dass die betroffenen KundInnen zur besseren Regulierung ihrer Energieausgaben diesen Zähler gerne behalten möchten. Aufgrund der beschränkten Zahl an Geräten können die Energieunternehmen diesem Anliegen aber nicht dauerhaft entsprechen. Der Prepayment-Zähler wird als praktische Lösung empfunden, um die Spirale aus Mahnungen und potenzieller Abschaltung zu durchbrechen. Der Prepayment-Zähler dient, aus Perspektive der Energieunternehmen, jedoch auch zur Disziplinierung einer gewissen problematischen KundInnenschicht.

Die Modalitäten, wie viel vom aufzuladenden Betrag in die Rückzahlungsrate einfließt und wie viel zum Stromverbrauch genutzt werden kann, sind für viele KundInnen nicht einsichtig. Auch sind die Ratenanteile zur Schuldentilgung im Monat oft sehr hoch angesetzt (in der Erfahrung der NGOs bis zu 50 % des geladenen Betrages). Das Aufladen der Chipkarte für den Prepayment-Zähler ist vor allem im ländlichen Bereich mit einem erhöhten Mobilitätsaufwand und bei manchen Energieunternehmen auch mit einer Ladungsgebühr verbunden, die, auch wenn sie gering ist, bei schon prekären finanziellen Verhältnissen eine zusätzliche Belastung darstellt.

Ebenso ist mit einer stigmatisierenden, beschämenden oder psychisch belastenden Wirkung durch Prepayment-Zähler zu rechnen.

> Also wir haben jetzt vor Kurzem gesehen bei einer Frau, die zahlt 400 Euro im Monat zurück, sie hat einen hohen Rückstand, ja, sie hat einen solchen Zähler. Sie hat einen Sohn, der ist ungefähr 8 Jahre und kurz bevor dieser Zähler ausgeht, macht es so ein Knacken. Also da weiß man, jetzt ist es vorbei. Und ihr Sohn ist schon extrem angespannt jeden Moment dieses Knacken zu hören und dann ist es vorbei. Das ist auch so der psychologische Effekt, den man sich nie gedacht hat. Also man weiß nicht wirklich, was man zurückzahlt, sie sind teilweise sehr hoch eingestellt, die Kaution stellen wir natürlich auch infrage und die Anbringung, weil wenn wer schon wenig Geld hat, ist es relativ schwierig. (Caritas Steiermark 069)

4.2.5. ZUKUNFTSPERSPEKTIVEN

Der abschließende Teil der ExpertInnen-Interviews war einem Ausblick auf mögliche zukünftige Entwicklungen der Energiearmutssituation in der Steiermark gewidmet. Dieser Themenbereich war für die meisten ExpertInnen am schwierigsten zu fassen. Dies erklärt sich retrospektiv aus der allgemeinen Unbekanntheit der diskutierten Problematik an sich und aus dem zeitlichen Fokus der Tätigkeitsbereiche der interviewten Personen. Die MitarbeiterInnen privater und öffentlicher Wohlfahrtsorganisationen arbeiten in der Regel von Fall zu Fall und sehen Zahlungsschwierigkeiten bei Energiedienstleistungen vor allem aus einer individuellen Perspektive.

Die interviewten VertreterInnen der Energieunternehmen sehen Potenzial in der Smart-Metering-Technologie, die es erlauben wird, den Stromverbrauch zeitnahe abzulesen und einzuschätzen. Dies muss jedoch mit einer Visualisierung der monetären Ausgaben einhergehen, denn die relevante Größe für die EndverbraucherInnen ist das Geld und nicht die Kilowattstunde. Smart Metering wird das Energiearmutsproblems jedoch nicht an seinen Wurzeln packen, denn Energiearmut ist mit dem fossilen Energiesystem implizit verbunden.

Die ExpertInnen aus NGOs und öffentlichen Stellen äußerten vor allem Wünsche hinsichtlich ihres täglichen Arbeitskontextes. Ein Frühwarnsystem gegenüber einer drohenden Abschaltung in Kooperation mit den Energieversorgern wäre ein wichtiger Fortschritt. Dies ist bei drohenden Delogierungen schon der Fall, setzt aber ein Betreuungsverhältnis der Betroffenen mit einer sozialen Betreuungseinrichtung voraus. Neue innovative Wohnformen (z. B. betreute Wohngemeinschaften) im Alter sind ebenso ein genannter Aspekt, der der Energiearmut in dieser biografischen Phase vorbeugen kann.

Viele Menschen sind über ihre rechtlichen Ansprüche auf staatliche finanzielle Hilfsleistungen nicht ausreichend informiert; in diesem Punkt bedarf es verstärkter Aufklärung bei der betreffenden Klientel der NGOs. Ebenso existiert kein definitiver Rechtsanspruch auf Strom oder Wärme. Sozialtarife wären zum Beispiel eine kulante Möglichkeit der Energieanbieter finanziell schwachen Personen entgegenzukommen. Generell gilt es jedoch, für armutsgefährdete Menschen ein leistbares Wohnen zu schaffen und einkommensschwache Personen ausreichend zu unterstützen. Wenn die staatlichen Sozialleistungen zu niedrig angesetzt sind (und dies ist aus NGO-Sicht eindeutig der Fall), kommt es bei steigenden Energiepreisen automatisch zu einem stärkeren Andrang bei den privaten und zivilgesellschaftlichen Sozialorganisationen. Die zunehmende Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse wird sich auf die Entwicklung der Energiearmut ebenso negativ auswirken.

Von den ExpertInnen wird auch der Bedarf gesehen, das in Österreich existierende Mieter-Vermieter-Dilemma zu lösen. Dieses Dilemma hat zur Folge, dass hinsichtlich der Sanierung und Verbesserung der thermischen Situation von Mietwohnungen oder -häusern eine Pattsituation besteht. Der Eigentümer investiert nicht in die thermische Struktur des Wohnobjektes, da mehr thermische Effizienz „nur“ den MieterInnen zugute kommt. Ebenso besteht die Gefahr, dass sanierte Immobilien an Wert gewinnen, die Mieten in weiterer Folge ansteigen und einkommensschwache Haushalte wiederum in finanzielle Bedrängnis geraten. Diese Kausalitäten bedürfen, so die ExpertInnen der Wohlfahrtsorganisationen, einer juristischen und sozialverträglichen Lösung.

5. CONCLUSIO

Die vorliegende Studie gibt einen Einblick in die Situation der Energiearmut in der Steiermark und zeigt, dass dieser auch im steirischen Kontext eine potenzielle Rolle hinsichtlich zukünftiger sozialer Entwicklungen und Debatten (zumindest implizit) zukommen wird. Es bedarf jedoch noch einer Vielzahl an (repräsentativen) Studien und Bewusstseinsbildung, um Energiearmut in den Fokus der steirischen Öffentlichkeit zu rücken. Ein konkretes Desiderat für die Zukunft des Forschungsfeldes in Österreich ist eine quantitative und repräsentative Erfassung der Problematik. Dies würde wiederum eine offizielle österreichische Definition bedingen und somit eine Anerkennung der Energiearmut auf der Ebene der öffentlichen Verwaltung, deren statistische Erfassung durch die staatliche Statistikagentur erfolgen müsste. Ebenso bedarf es einer transdisziplinären Verbreitung und Bewusstseinsbildung der der Energiearmut zugrunde liegenden Wirkungszusammenhänge (Ökologie und Soziales) bei privaten und staatlichen Wohlfahrtsorganisationen, um auf zukünftige Entwicklungen der Armuts- und Energiepreisentwicklung besser reagieren zu können.

Die Analyse der ExpertInnen-Interviews greift die Erkenntnisse der bis dato erfolgten Energiearmutsforschung inhaltlich auf. Die Symptomatik aus Zahlungsrückständen, genereller Verschuldung, schlechten strukturellen thermischen Bedingungen und minimalen finanziellen Spielräumen seitens der Betroffenen ist allen ExpertInnen bekannt und findet sich in den Arbeitskontexten dieser wieder. Die im Rahmen dieser Forschungsarbeit durchgeführten Interviews hatten bei einigen ExpertInnen auch einen informierenden Charakter, da „Energiearmut“ als theoretisches Konzept zum ersten Mal an diese herangetragen wurde. Energiearmut ist stets im Kontext mehrerer sich negativ ergänzender Problemlagen zu finden, die bei einkommensschwachen bzw. armutsgefährdeten Personengruppen auftreten. Die Ursachen von Energiearmut lassen sich nicht monokausal auf einzelne AkteurInnen zurückführen. So werden Energieunternehmen gerne als Verursacher der Problematik verstanden, da sie die benötigte Energie zur Verfügung stellen. Wie im Schwerpunkt der Interviewanalyse zur Rolle der Energieunternehmen jedoch gezeigt wurde, sind sich sowohl die AkteurInnen aus dem Sozialbereich als auch die Energieunternehmen bewusst, dass die Dynamik der Energieschulden nicht einseitig verstanden werden kann. Eine systemische Betrachtung der Generierung von Energiearmut erscheint für zukünftige soziologische Forschungsarbeiten fruchtbar.

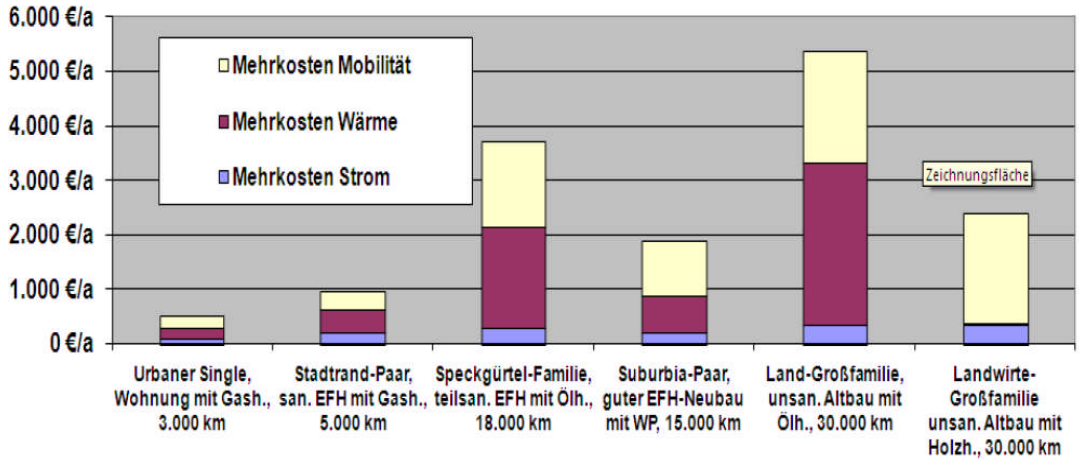
Aus den Erfahrungen der interviewten ExpertInnen lässt sich eindeutig ableiten, dass sich Energiearmut im Kontext von Artmutsgefährdung bzw. prekärer finanzieller Gesamtsituationen abspielt. Boardman hebt in ihrer Energiearmutsdefinition hervor, dass v. a. strukturelle Bedingungen und Kapitalschwäche ein differenzierendes Kriterium gegenüber der allgemeinen Armutsthematik darstellen und somit für einen eigenständigen Forschungsbereich sprechen. Im Angesicht der generellen Prekarisierung der Arbeitsverhältnisse (diese Entwicklung trifft einkommensschwache Personen und Haushalte insbesondere) und dem viel zitierten Ende des fossilen Energiezeitalters, das durch den *Peak Oil* eingeleitet wurde, erscheint eine Verknüpfung von Energienutzung und Armut als sinnvoll, aber in einem weiter gefassten sozial-ökologischen Kontext als unzureichend. Der Fokus auf das Konstrukt „Energiearmut“ verstärkt eine

Betrachtung auf staatliche sozialpolitische Leistungen im Kontext von Energienutzung der damit verbundenen armutsgefährdeten Klientel und vernachlässigt, so die Meinung des Autors, den Blick auf die sozio-technischen und historischen Entstehungszusammenhänge und eine Diskussion hinsichtlich zukünftiger sozial-ökologischer Entwicklungen. Aus soziologischer Sicht sind der Energiekonsum und die damit verbundenen Umwelteffekte (insbesondere die Möglichkeit zur Partizipation an Umweltentlastungen) im Kontext von sozialer Ungleichheit noch unzureichend erforscht (Kraemer 2007; Kraemer 2011). Einkommensschwache Haushalte haben aufgrund ihrer sozioökonomischen Lage weniger Einfluss auf die Umweltauswirkungen ihrer Haushalte. Es ist somit für zukünftige Forschungen sinnvoll, den traditionellen Betrachtungskontext der Energiearmut um den (im deutschsprachigen Raum noch jungen) Bereich der Umweltgerechtigkeit zu erweitern, welcher die Möglichkeit bietet, die eingeschränkte Partizipation energiearmer Personen an umweltschonenden Praktiken systematisch zu analysieren.

Von zukünftigen Forschungsansätzen abgesehen, existiert heute schon eine Vielzahl an Handlungsoptionen, um Energiearmut und deren Folgen für einkommensschwache Haushalte und Personen zu mindern. Ein Teil dieser Maßnahmen wird in der Steiermark schon eingesetzt, andere Optionen sind hingegen nur theoretisch vorhanden. Die Stadt Graz bietet zum Beispiel einen Heizkostenzuschuss für die saisonale Heizperiode und ein Programm zur Umstellung der Heizanlage auf mit Gas betriebene Heizungen oder auf Fernwärme. Diese Option hat zudem eine Feinstaub verringernde Wirkung. Programme, die mittels Energieberatungen die Energieeffizienz in armutsgefährdeten Haushalten steigern, werden seit circa zwei Jahren auch vermehrt angeboten. Die langfristige Wirkung solcher Programme ist aber noch nicht erforscht; zudem ist fraglich, inwiefern solche Programme ohne eine strukturelle Verbesserung der energetischen Gesamtlage der Haushalte nachhaltig wirksam sein können. Langfristige Perspektiven sind unter anderem die Einführung eines bundesweiten Sozialtarifes für Strom und Heizung und der gesetzliche Abschaltungsstopp in der kalten Jahreszeit. Zudem erscheint ein systemisches Vorgehen gegen Energiearmut (wie auch in den ExpertInnen-Interviews herausgearbeitet) als wirkungsvollster Schritt. Sowohl die interviewten Energieunternehmen als auch die sozialen Wohlfahrtsorganisationen sind an engerer Kooperation interessiert. Denkbar wäre beispielsweise ein Vorwarnsystem gegenüber Abschaltungen, wie es bei Delogierungen von zahlungsunfähigen Personen schon der Fall ist (Getzinger & Berger 2011, 63–66).

Die sozialmedizinische bzw. medizinsoziologische Dimension von Energiearmut in Österreich ist ebenso ein noch völlig unerforschter Bereich. Permanente Unterkühlung hat, wie in diesem Bericht mehrmalig dargestellt, physiologische und psychologische Konsequenzen. Für eine intensivere und öffentlichkeitswirksame Wahrnehmung erscheint eine gesundheitspolitische Problematisierung von Energiearmut sinnvoll, da zum einen die sozioökonomischen Rahmenbedingungen zwangsläufig kritisiert werden müssen und zum anderen die Möglichkeit besteht, Bestrebungen zur Minderung der Energiearmut als potenziellen Faktor zur Reduzierung der Ausgaben für die körperliche und geistige Gesundheit zu verstehen. Neben steigenden Kosten für Heizung und Elektrizität werden auch die finanziellen Aufwendungen für die Wohnraumkühlung in den heißen Sommermonaten in den kommenden Jahren eine größere Rolle spielen (*summer time fuel poverty*). Die extreme Hitzewelle im Jahre 2003 in Zentraleuropa mit über 30.000 Todesopfern unterstreicht die Relevanz dieser Problematik in medizinsoziologischer Hinsicht (UNISDR 2004, 2).

Abschließend sei nochmals darauf hingewiesen, dass die Abhängigkeit des österreichischen Energiesystems von fossilen Energieträgern (Erdgas und Erdöl) auch langfristige Konsequenzen für die Energiesituation der privaten Haushalte hat, die in weiterer Folge auch für die Entwicklung der Energiearmutsproblematik relevant sind. Eine aktuelle Studie gibt in einem Szenario darüber Aufschluss, welche finanziellen jährlichen Mehrleistungen bei einer Preissteigerung von Erdöl auf 200 USD pro Barrel Rohöl zu erwarten sein werden. Es werden exemplarisch sechs unterschiedliche Haushaltstypen (urban, sub-urban und rural) betrachtet (siehe Grafik Nr. 14) (ÖGUT 2011, 20–22). Grundsätzlich ist zu erkennen, dass Zentralität und die Energieeffizienz des Heizsystems wesentliche Faktoren zur Kostenminimierung sind. So werden die beiden urbanen Haushaltstypen im Vergleich am geringsten belastet. Die beiden sub-urbanen und ländlichen Haushaltstypen bekommen den fossilen Preisanstieg vor allem hinsichtlich ihrer hohen Mobilitätserfordernisse und durch Heizsysteme, die mit Öl betrieben werden, zu spüren.



Grafik 14: Szenarien für jährliche Mehrkosten bei 200 USD pro Barrel (ÖGUT 2011, 21)

Diese Szenarien für Mehrkosten aufgrund potenzieller Preisanstiege bei fossilen Energieträgern weisen abschließend nochmals auf die sozial-historische und sozio-technische Einbettung der Energiearmutsthematik hin. Die Gründe für energieineffiziente Behausungen und energetische Unterversorgung von einkommensschwachen Haushalten und Personen finden sich in einem Wirkungszusammenhang aus sozialen und ökologischen Entwicklungen. Um einer Steigerung der Energiearmut entgegenzuwirken, bedarf es demnach systemischer Lösungen, die über die traditionellen Wirkungskontexte staatlicher und privater Institutionen hinausgreifen.

6. QUELLENVERZEICHNIS

Agenda 21 Hannover (2006), 'Klimaschutzberatung für Migranten von Migranten. Eine Beratungskampagne für Klimaschutz, Wohnqualität und Nebenkostensenkung.', http://www.agenda21.de/index.php?option=com_content&view=article&id=38:klimaschutzberatung-fuer-migranten-von-migranten&catid=6:projekte&Itemid=66.

Barnes, Douglas F., Shahidur R. Khandker and Hussain A. Samad (2010), 'Energy poverty in rural Bangladesh', *Energy Policy* 39 (2): 894–904 http://www.sciencedirect.com/science/article/B6V2W-51MCPHW-4/2/a051c4a64b4fb202c624e9b31d57f5b9.

BMASK (2009), 'Armutsgefährdung in Österreich. EU-SILC 2008 Eingliederungsindikatoren. Sozial politische Studienreihe, Band 2', http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/index.html.

BMASK (2010), 'Sozialbericht 2009–2010. Ressortaktivitäten und sozialpolitische Analysen'. Wien.

BMASK (2011), 'Armutsgefährdung und Lebensbedingungen in Österreich Ergebnisse aus EU-SILC 2009.mTabellenband', <http://www.statistik.at/web_de/statistiken/soziales/armut_und_soziale_eingliederung/index.html>.

Boardman, Brenda (1991), *Fuel poverty. From cold homes to affordable warmth.* London/New York: Belhaven Press.

Boardman, Brenda (2010), *Fixing Fuel Poverty. Challenges and Solutions.* London: Earthscan.

Bogner, Alexander, Beate Littig and Wolfgang Menz (2009), *Experteninterviews: Theorie, Methoden, Anwendungsfelder*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften.

Brunner, Karl-Michael, Anja Christanell and Markus Spitzer (2010), 'Engiekonsum, Armut, Nachhaltigkeit'. *11. Symposium Energieinnovation*. Graz**:** 13 (10.–12.02.2010).

Brunner, Karl-Michael, Markus Spitzer and Anja Christanell (2011), 'Energiekonsum und Armut', in: Gertraude Mikl-Horke (Ed.), *Sozioökonomie: Die Rückkehr der Wirtschaft in die Gesellschaft*. Marburg: Metropolis-Verlag.

Buzar, Stefan (2007), *Energy Poverty in Eastern Europe. Hidden Geographies of Deprivation.* Hampshire: Ashgate.

DECC (2009a), 'Annual Report on Fuel Poverty Statistics 2009', http://www.decc.gov.uk/en/content/cms/statistics/fuelpov_stats/fuelpov_stats.aspx

DECC (2009b), 'The UK Fuel Poverty Strategy. 7th annual progress report 2009', http://www.decc.gov.uk/en/content/cms/what_we_do/consumers/fuel_poverty/strategy/strategy.aspx

DECC (2010), 'Annual Report on fuel poverty statistics 2010', http://www.decc.gov.uk/publications/directory.aspx.

EFPEE (2007), 'Diagnosis of causes and consequences of fuel poverty in Belgium, France, Italy, Spain and United Kingdom', http://www.fuel-poverty.org/documents.htm.

EFPEE (2008), 'Detailed report on the different actors involved in Fuel Poverty issue', http://www.fuel-poverty.org/documents.htm

EQLS (2009), 'European Quality of Life Survey 2007 – Mapping the results', <http://www.eurofound.europa.eu/areas/qualityoflife/eqls/eqls2007/2eqls_07_08.htm>.

Eurofound (2005), 'First European Quality of Life Survey: Life satisfaction, happiness and sense of belonging', http://www.eurofound.europa.eu/areas/qualityoflife/eqls/2003/eqls.htm.

Eurofound (2009), 'Second European Quality of Life Survey. Overview', http://www.eurofound.europa.eu/areas/qualityoflife/eqls/2007/index.htm.

Eurostat (2010a), 'Income and living conditions in Europe', http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-31-10-555/EN/KS-31-10-555-EN.PDF.
Eurostat (2010b), 'Income poverty and material deprevation in European Countries', <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-RA-10-030/EN/KS-RA-10-030-EN.PDF>Eurostat (2011a), 'Housing conditions in Europe in 2009', http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-SF-11-004/EN/KS-SF-11-004-EN.PDF.
Eurostat (2011b), 'Housing conditions in Europe in 2009. Population and social conditions', *Statistics in focus* (4) http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_OFFPUB/KS-SF-11-004/EN/KS-SF-11-004-EN.PDF.
Eurostat (2011c), 'Wohnverhältnisse in der EU27 im Jahr 2009', http://epp.eurostat.ec.europa.eu/cache/ITY_PUBLIC/3-23022011-BP/DE/3-23022011-BP-DE.PDF.
Fahmy, Eldin, David Gordon and Demi Patsios (2011), 'Predicting fuel poverty at a small-area level in England', *Energy Policy* 39 (7): 4370–4377 http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0301421511003405.
Friedl, Christina (2011), 'Energiearmut in privaten Haushalten. Ausgewählte Maßnahmen im nationalen und europäischen Vergleich'., http://eeg.tuwien.ac.at/eeg.tuwien.ac.at_pages/events/iewt/iewt2011/uploads/abstracts_iewt2011/A_260_Friedl_Christina_20-Jan-2011,_14-39.pdf.
Getzinger, Günter and Thomas Berger (2011), 'Energiearmut: Ursachen, Folgen und Wege zu ihrer Bekämpfung', in: Landesenergieverein Steiermark (Ed.), *Heading towards a sustainable energy future. A summary of scientific papers in memoriam Manfred Heindler*. Graz.
Glatz, Wolfgang and Thomas Berger (2011), 'Fallstudie Mobile Integrationsbetreuung 2010. Integrationsperspektiven von Familien mit Subsidiär Schutzberechtigung und in besonders belasteten Situationen', http://akademie.caritas-steiermark.at/fileadmin/user/steiermark/fotos__pdf__medien/Mitarbeit_und_Ausbildung/Ausbildung/Caritas_Akademie/dateien_caritas_akademie/Fallstudie_mobile_integrationsbetreuung_2010.pdf.
Häußermann, Hartmut & Siebel, Walter, Klaus (2000), *Soziologie des Wohnens. Eine Einführung in Wandel und Ausdifferenzierung des Wohnens*: Grundlagentexte Soziologie. Weinheim: Juventa.
Healy, Jonathan D. (2004), *Housing, fuel poverty, and health: a pan-European analysis*. Hempshire: Ashgate.
Kopatz, Michael, Markus Spitzer and Anja Christanell (2010), 'Energiearmut. Stand der Forschung, nationale Programme und regionale Modellprojekte in Deutschland, Österreich und Großbritannien', http://www.wupperinst.org/publikationen/entnd/index.html?beitrag_id=1481&bid=6.
Kraemer, K. (2011), 'Prekärer Wohlstand und nachhaltiger Konsum', *Österreichische Zeitschrift für Soziologie* 36 (2): 35–54.
Kraemer, Klaus (2007), 'Umwelt und soziale Ungleichheit', *Leviathan* 35 (3): 348–372.
Kutsch, Thomas, Michael-Burkhard Piorkowsky and Manfred Schätzke (1997), *Einführung in die Haushaltswissenschaft: Haushaltsökonomie, Haushaltssoziologie, Haushaltstechnik*. Stuttgart: Ulmer.
Land Steiermark (2010a), 'Erster steirischer Frauenbericht. Siebenter Teilbericht. Frauen und Armut ', http://www.peripherie.ac.at/docs/aktuell/Frauenbericht_07.pdf.
Land Steiermark (2010b), 'Steirische Statistiken, Heft 5/10: Armut und Lebensbedingungen in der Steiermark 2008', http://www.verwaltung.steiermark.at/cms/dokumente/10428985_12667724/12e68e18/Publikation%205-2010.pdf.
Landtag Nordrhein-Westfalen (2008), 'Enquetekommission zu den Auswirkungen längerfristig stark steigender Preise von Öl- und Gasimporten auf die Wirtschaft und die Verbraucherinnen und Verbraucher in Nordrhein-Westfalen', http://www.landtag.nrw.de/portal/WWW/GB_I/I.1/EK/14_EK1/Aktuelles.jsp.
Liddell, Christine and Chris Morris (2010), 'Fuel poverty and human health: A review of recent evidence', *Energy Policy* 38 (6): 2987–2997

http://www.sciencedirect.com/science/article/B6V2W-4YF5V2D-1/2/455cb7a678e9fdd0aa9ee881759ca9d7.
Morgan, Eluned (2008), 'Energy poverty in the EU', http://www.socialistsanddemocrats.eu/gpes/public/sectionhome.htm?section=LIB&category=PUBL&request_locale=EN.
OECD (2011), 'Income Distribution and Poverty', http://www.oecd.org/document/14/0,3746,en_2649_33933_38910286_1_1_1_1,00.html.
OECD/IEA (2010), 'Energy Poverty. How to make modern energy access universal? Special early excerpt of the World Energy Outlook 2010 for the UN General Assembly on the Millennium Development Goals.', http://www.worldenergyoutlook.org/docs/weo2010/weo2010_poverty.pdf.
ÖGUT (2011), 'Projekt ZERsiedelt. Zu EnergieRelevanten Aspekten der Entstehung und Zukunft von Siedlungsstrukturen und Wohngebäudetypen in Österreich.', http://www.zersiedelt.at/zersiedelt-projektpublikationen-praesentationen-support-measures.php.
Paierl, Silvia and Peter Stoppacher (2010), 'Armut in Graz. Erster Armutsbericht der Stadt Graz'. Stadt Graz ◘ Sozialamt. Graz: Stadt Graz.
Plackner, Florian (2010), 'Der Energieverbrauch von Privathaushalten aus sozioökonomischer Perspektive: historische Entwicklung und theoretische Zugänge', Diplomarbeit, *WU Wien*, Wien.
Proidl, Harald (2009), 'E-Control & Caritas – Pilotprojekt „Energieberatungen von einkommensschwachen Haushalten". Endbericht', http://www.e-control.at/de/projekte/soziale-verantwortung.
Roberts, Simon (2008), 'Energy, equity and the future of the fuel poor', *Energy Policy* 36 (12): 4471–4474 http://www.sciencedirect.com/science/article/B6V2W-4TRR902-6/2/7f2cc8bb2ab71bf316f6e69012bea445.
Schneider, Monika (2010), 'Energiekonsum und Nachhaltigkeit unter besonderer Berücksichtigung von Energiearmut', Diplomarbeit, *Wirtschaftsuniversität Wien*, Wien.
Schröder, C. (2008), 'Kalte Platte bei Kerzenschein. In: Telepolis', http://www.heise.de/tp/r4/artikel/28/28038/1.html.
Statistik Austria (2009), 'Statistisches Jahrbuch Österreichs 2010', http://www.statistik.at/web_de/services/stat_jahrbuch/index.html
Statistik Austria (2011), 'Monatliche Verbrauchsausgaben der privaten Haushalte – Quartile der Äquivalenzausgaben', <http://www.statistik.at/web_de/static/monatliche_verbrauchsausgaben_der_privaten_haushalte_-_quartile_der_aequiv_055977.pdf>.
UNISDR (2004), 'Impacts of summer 2003 heat wave in Europe', <http://www.unisdr.org/files/1145_ewheatwave.en.pdf>.
Volkshilfe Österreich (2010), 'Armut ist weiblich. Erfahrungen, Fakten, Auswege.', <http://www.volkshilfe.at/folder/76/web_Volkshilfe_Armut%20ist%20weiblich.pdf>.
Walker, Gordon (2008), 'Decentralised systems and fuel poverty: Are there any links or risks?', *Energy Policy* 36 (12): 4514–4517 http://www.sciencedirect.com/science/article/pii/S0301421508004734.
WHO (2007), 'Housing, Energy and Thermal Comfort. A review of 10 countries within the WHO European Region', www.euro.who.int.
Wolff, P. (2010), 'Population and social conditions', *Eurostat – statistics in focus* http://epp.eurostat.ec.europa.eu/portal/page/portal/product_details/publication?p_product_code=KS-SF-10-009